

Deutschlandreise auf die »Bahamas«

**Vom Produkt der Linken
zur neo-autoritären Sekte**

Bernhard Schmid



Was heute als »antideutsche Bewegung« fortwirkt, stellt das Endprodukt eines politischen Prozesses dar, der vor anderthalb Jahrzehnten begonnen hat – und an dem der Autor dieser Zeilen in ihrer Anfangsphase einen gewissen Anteil trug. Der erste »harte Kern« dieser ideologischen Strömung bildete sich in den frühen Neunziger Jahren heraus, und auf ihn geht die heutige Gruppierung um die Zeitschrift *Bahamas* zurück; erst später kamen weitere Gruppen dazu. Dabei ist der Weg, der von den Anfängen im Jahr 1990 bis zu der jetzigen Sekte geführt hat, allerdings verschlungen; er führt durch Spaltungen und ideologische Wandlungsprozesse hindurch.

Wie alles anfang

Passender als der Titel des bekannten Buches von Bommi Baumann über die Protestbewegung der Jahre um 1968 (*Wie alles anfang*), müsste die Einleitung zur Geschichte der Antideutschen mit »Wie alles aufhörte« überschrieben sein. Denn am Ausgangspunkt dieser Entwicklung steht nicht ein Aufbruch wie in den späten 60er Jahren, sondern ein Zusammenbruch: die weitgehende Implosion oder Selbstabschaffung einer radikalen, auf Gesellschaftsveränderung abzielenden Linken. Dieser Zusammenbruch erfolgte zunächst schleichend, später – durch zeitgeschichtliche Ereignisse beschleunigt – sehr rapide. Parallel zu ihm fand aber auch der Versuch statt, die bisherige Gesellschaftskritik und die Perspektiven sozialer Emanzipation nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern zu schärfen und um neue Aspekte zu erweitern, um ihnen eine geschichtliche Überlebensperspektive zu verleihen. Dieses Experiment ist, in seiner konkreten Form, letztendlich gescheitert: Es hat jene »antideutsch« sich nennenden Gruppen hervorgebracht, die längst nicht mehr Teil der Lösung sind, sondern Teil des Problems.

Der Kulminationspunkt dieser Entwicklung fällt in jene paar Monate, die zwischen der Ausreisewelle aus der DDR, die im August 1989 mit den Botenschaftsflüchtlingen von Prag einsetzt, und dem offiziellen Abschluss der staatlichen deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 liegen. In diesem Zeitabschnitt taucht der Begriff *antideutsch*, als positive Selbstbeschreibung innerhalb der Linken, zum ersten Mal auf: Ein Artikel in der marxistischen Monatszeitung *AK* (bis 1988 noch *Arbeiterkampf* und Organ des Kommunistischen Bundes (KB), später dann *Analyse & Kritik*) trägt Anfang Februar 1990 den programmatischen Titel *Weshalb die Linke anti-*

deutsch sein muß. Der Autor des im KB heftig umstrittenen Beitrags unterschrieb mit »Jürgen Stuttgart«. Es handelt sich um den in dieser Zeit als Berufsschullehrer in Stuttgart tätigen, späteren Journalisten und Buchautor Jürgen Elsässer, der sich im Zeitraum zwischen dem Jugoslawienkrieg 1999 und dem Afghanistankrieg 2001 von den späteren »antideutschen« Epigonen distanzieren wird.

In dem zitierten Beitrag wird der begonnene Prozess, der wenige Monate später zur staatlichen »Wiedervereinigung« zwischen BRD und DDR führen wird, in folgenden Worten charakterisiert: »Ein Staat schüttelt eine geographische und eine politische Begrenzung ab, die sein expansionistisches und vielleicht sogar faschistisches Potential in den letzten 40 Jahren bändigte.« Prognostiziert wird: Wenn die Nachbarstaaten den Vollzug der Vereinigung der beiden deutschen Staaten hinnähmen, »wer wollte ihnen (den Deutschen) dann noch die Atombombe, die Streichung des Asylrechts aus der Verfassung, die Beteiligung an Militärinterventionen untersagen?« Zumindest hinsichtlich der beiden letztgenannten Punkte sollte der Autor in den kommenden Jahren auch tatsächlich Recht behalten. In dieser Situation gilt es, so Elsässer, eine scharfe Gegenposition zur herrschenden Tendenz zu beziehen, denn »die Dynamik der Ereignisse kann alle Halbheiten innerhalb von Monaten, ja Wochen aufdecken.« Daher sei eine »antinationalistische und damit anti-deutsche Sicht, um die aktuellen Vorgänge begreifen und Gegenstrategien entwickeln zu können«, erforderlich; zu fordern sei »die Auflösung des deutschen Volkes in eine multikulturelle Gesellschaft«.

Die Selbstbezeichnung als »antinationak« und »antideutsch« taucht also zum ersten Mal in der aufgewühlten Landschaft des Winters 1989/90 ab, in der sich schlagartig historische Umbrüche abzeichnen. Dennoch entstand die damit verbundene politische Unterströmung nicht spontan, als Reaktion auf aktuelle Ereignisse, binnen weniger Wochen. Vielmehr ist sie das Produkt einer mehrjährigen Entwicklung innerhalb der Linken.

Rückblende: Die Linke und die Friedensbewegung

In den frühen 80er Jahren erreichen die »neuen sozialen Bewegungen« ihre quantitativ stärkste Ausdehnung. Als »neue soziale Bewegungen« bezeichnet man solche Protestströmungen, die nicht vorwiegend Fragen der materiellen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zum Gegenstand haben (wie ein Großteil der traditionellen Arbeiterbewegung), sondern

so genannte »postmaterielle« Themen, Anliegen und Inhalte. Sie sind beispielsweise Ausdruck der Sinnsuche von Intellektuellen und Jugendlichen in einer hoch entwickelten Industriegesellschaft, die sich in Teilbereichen mehr oder weniger materiell saturiert zeigt – die regressiven »Sozialreformen« der neoliberalen Ära, Massenarbeitslosigkeit und Verarmungsprozesse prägen noch nicht die Erfahrungswelt –, aber sich Fragen über das Zusammenleben der Menschen oder über soziale Hierarchien stellt. Ihre Anfänge und Wurzeln liegen in den Protesten der Studentenbewegung und der Außerparlamentarischen Opposition (APO) der Jahre um 1968.

Zu diesen Bewegungen zählen in den 70er Jahren beispielsweise die anti-autoritäre Erziehung und die Ausbreitung der Kinderläden, der neue Feminismus, die Bürgerinitiativen – oder die frühe Ökologiebewegung. Die spektakulärsten Aktionsformen, mit Bauplatzbesetzungen und Straßenschlachten, nimmt die Anti-AKW-Bewegung an. Doch die breiteste gesellschaftliche Resonanz findet Anfang der 80er Jahre die Friedensbewegung, die den Beschluss zur Stationierung von Mittelstreckenraketen (Pershing-II und Cruise Missiles) mit Nuklearsprengköpfen in Westdeutschland mittels Demonstrationen und Sitzblockaden beantwortet. In ihrer Anfangsphase, 1981, war die Friedensbewegung noch relativ klein und deutlich links geprägt. Doch in den folgenden beiden Jahren wird sie erheblich an Breite, an inhaltlicher Schwammigkeit und an moralisierend-entpolitizierenden Untertönen gewinnen.

1983 ist ihr der Durchbruch zur tatsächlichen Massenbewegung, die Millionen von Personen mobilisieren kann, gelungen. Doch Grundlage des Erfolgs ist ein äußerst vages, teilweise von irrationalen Emotionen und einem nationalen Opfergefühl sich speisendes kollektives Selbstverständnis.

Nicht, dass die damalige Friedensbewegung keine rational fassbare Ausgangsproblematik besessen hätte: Es gab vernünftige Gründe dafür, gegen die atomare Aufrüstung der NATO und die Raketenstationierung anzukämpfen. Die Aufstellung der Waffen erfolgt damals in einer Situation erhöhter internationaler Spannungen. Seit der Amtseinführung von Ronald Reagan als Präsident im Januar 1981 setzt die US-Administration auf eine brachiale Politik der Stärke, um das seit Mitte der 70er Jahre anhaltende »Vietnam-Trauma« der amerikanischen Politik zu überwinden. Proklamiertes Ziel ist es, den weltweiten Einfluss der Sowjetunion und ihrer Verbündeten unter den postkolonialen Regime der »Dritten Welt« zurück-

zudrängen – notfalls gewaltsam. In jener Zeit wird in US-Führungskreisen laut über die Möglichkeit »gewinnbarer Nuklearkriege« nachgedacht. Denn die ersten Forschungserfolge auf dem Gebiet der Entwicklung »miniaturisierter« Atomwaffen, deren Zerstörungswirkung durch Verkleinerung der zur Zündung erforderlichen »kritischen Masse« – etwa mittels Laser-Auslösung der Kettenreaktion – »gebändigt« werden soll, machen es scheinbar möglich, die Auswirkungen eines nuklearen Schlagabtauschs zu begrenzen. (In den Jahren 2003/04 wurden diese Forschungsarbeiten übrigens, in den USA ebenso wie in Frankreich, zu neuen Erfolgen geführt.) Und die Rhetorik sowie die Vorstellungswelt eines Ronald Reagan, der erst jahrelang in Kalifornien Bannertträger der äußersten konservativen Rechten gewesen war, bevor er zum Präsidentschaftskandidaten der Republikanischen Partei erhoben wurde, nährte solche Befürchtungen bzw. Erwartungen. Bereits im Wahlkampf 1980 hatte er anlässlich eines Fernsehauftritts mit dem Fernsehprediger Jim Bakker erklärt: *We may be the generation that sees Armageddon*. Armageddon bezeichnet in der biblischen Beschreibung der Apokalypse die Vorstellung vom Endkampf zwischen Gut und Böse, die letzte Schlacht, bei der – laut dem *Buch der Offenbarung* – »alle Städte der Heiden ein(stürzen)« werden. Und vier Jahre später leistet Präsident Ronald Reagan sich einen folgenreichen Scherz, der hinsichtlich seiner Ideenwelt tief blicken lässt. Anlässlich einer Mikrophonprobe vor einem Radioauftritt am 11. August 1984 sagt er in das funktionstüchtige und laufende Mikrophon: »Meine lieben Mitbürger, ich bin froh, Ihnen mitteilen zu dürfen, dass ich soeben ein Gesetz zur definitiven Abschaffung der Sowjetunion unterzeichnet habe. Die Bombardierung Russlands beginnt in fünf Minuten.«

Auch wenn die Kriegsangst in den Jahren 1981–83 also einen rationalen Kern aufweist, stößt man in der westdeutschen Friedensbewegung auf zahllose emotional und ideologisch verzerrte Vorstellungen von der Wirklichkeit. An erster Stelle findet man dabei die Idee von der eigenen Nation als prädestiniertem, wehrlosem Opfer »der Supermächte« USA und UdSSR – wobei die etwas linkeren Kreise die Schuldzuweisung stärker auf die alleinige US-Politik zu richten versuchen. Dieser, damals äußerst weit verbreiteten Wahrnehmung zufolge bildeten die Bundesrepublik Deutschland oder »Mitteleuropa« das zukünftige nukleare Schlachtfeld der USA und der UdSSR, dessen Bewohnerinnen dabei als Schachfiguren im Spiel »der Su-

permächte« geopfert würden. Den westeuropäischen Stationierungsländern, darunter der BRD, seien die Pershing-II und Cruise Missiles demzufolge aufgenötigt worden, um sie gegebenenfalls im kommenden Atomkrieg zu verheizen. Besonders emotional reagierende, oder auch besonders zum nationalen Opferkult neigende, Kreise innerhalb der Friedensbewegung spitzten diese Vorstellung sogar zur Rede vom »atomaren Holocaust«, dessen Opfer die Deutschen (und »Mitteleuropäer«) in naher Zukunft würden, zu. Die objektiv geschichtsrevisionistische, die historische Wahrheit über die Täter des Völkermords vom Tisch wischende Wirkung der Rede vom »Holocaust an den Deutschen« liegt auf der Hand.

Tatsächlich ist die Raketenstationierung die Folge des so genannten »NATO-Doppelbeschlusses«, den die Nordatlantische Allianz am 12. Dezember 1979 bei einer Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister in Brüssel fällte. Dieser Beschluss wiederum geht auf maßgebliches Drängen des damaligen westdeutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt (SPD) zurück, der anlässlich einer Rede beim IISS (International Institut for Strategie Studies) 1977 in London als erster westlicher Politiker die so genannte »eurostrategische Raketenlücke« kritisiert hatte. Hintergrund ist die »Ankoppelungs«-Debatte in westeuropäischen politischen und militärischen Kreisen: Sie wollen verhindern, dass im Falle einer internationalen Zuspitzung die USA sich von ihren europäischen Verbündeten desolidarisieren und vom potenziellen Schauplatz eines (zunächst mit konventionellen Waffen geführten) Krieges in Europa abwenden können. Einer solchen »Abkoppelung« des militärisch stärksten Verbündeten wollen die westeuropäischen NATO-Staaten begegnen, indem sie auf die Anwesenheit US-amerikanischer Raketen, in deren Reichweite die Sowjetunion liegt, hin drängen. Denn im Kriegsfall würden die Stellungen dieser Waffen, die potenzielle Angriffsziele darstellen, auf europäischem Boden automatisch in die Kampfhandlungen einbezogen werden. Damit würden aber auch die USA in einen potenziellen Konflikt mit der Sowjetunion involviert. Das nannte man damals »strategische Ankoppelung«.

Aufgrund der diffusen, tendenziell die deutsche Nation als »historisches Opfer« und »besetztes Land, das von fremden Mächten in den Krieg getrieben wird« imaginierenden Ideologie weiter Teile der Friedensbewegung von 1983 finden sich in ihr auch immer wieder Töne, die mit der Agitation von Deutschnationalen und Rechtsextremen zumindest potenziell

kompatibel sind. Über die Darstellung der BRD als potenzielles »Bauernopfer der Supermächte« wird ihnen die Tür für rechte Ideologien offen gehalten. Beispielsweise wird bei den Grünen ein von der CSU kommender Bundeswehr-Oberstleutnant aktiv, der 1987 unter der Bezeichnung »Friedensforscher« als Abgeordneter in den Bundestag einzieht. Mechttersheimer mag wegen seiner Kritik der US-Aufrüstungspolitik als halber Pazifist angesehen werden; in Wirklichkeit ist er aber vor allem ein deutscher rassistischer Nationalist, der später sein Buch *Friedensmacht Deutschland* (1993) veröffentlicht und an der Spitze der offen rechtsextremen »Deutschland-Bewegung« stehen wird. Seine wichtigsten Beweggründe hat Alfred Mechttersheimer selbst in jüngster Zeit so zusammengefasst: »Ja, als Kind habe ich nicht verkraftet, dass mein Vater in Russland gefallen ist. Krieg verloren, Deutschland verloren, Vater verloren. Und nach fast 60 Jahren immer noch ein von fremden Truppen besetztes Land«, die Rede ist von der BRD. Und weiter: »Heute dient der Kampf gegen US-amerikanische Vorherrschaft und kulturzerstörende Zuwanderung dem äußeren und dem inneren Frieden.« Diese Lehre hat Mechttersheimer aus dem Zweiten Weltkrieg gezogen: Krieg ist schlecht – wenn Deutsche seine Opfer werden.

Das resümiert nicht den damaligen allgemeinen Bewusstseinszustand der Grünen und der Friedensbewegung; dieser bildet insgesamt einer eher trübe Melange aus (ehemals) marxistischen Elementen, teilweise antiautoritären Versatzstücken, christlich-fundamentalistischen Moralpredigten, sehr viel emotionalem Moralismus und Betroffenheit, sozialdemokratischer Oppositionsrhetorik und nationalistischen Tönen. Es ist aber auch keineswegs ein Zufall, dass Figuren wie Mechttersheimer oder der damals als »Gründungsmitglied der Grünen« auftretende Nationalrevolutionär und heutige *Junge Freiheit*-Autor Rolf Stolz zeitweise dort landen konnten. Bereits im August 1983 hatte die parteinahe Wochenzeitung *Die Grünen* dem ehemaligen bayerischen Innenminister Alfred Seidl einen ausgesprochen lobenden Artikel gewidmet. Seidl hatte öffentlich »ein Ende des deutschen Heloten-Daseins in der NATO« gefordert, da die US-Atomwaffenstrategie das Überleben der Deutschen aufs Spiel setzen könne. Die grüne Parteizeitung applaudierte. Alfred Seidl, der sich auch als Strafverteidiger von Rudolf Hess engagierte, hatte jedoch nicht nur die US-Aufrüstung kritisiert, sondern daneben vor allem eigene deutsche Atomwaffen gefordert.

Wenn also später »antideutsche« Sektierer nichts auf der Welt so sehr ver-

abscheuen wie das bloße Wort »Friedensbewegung« und stattdessen demonstrativ zu glühenden Befürwortern US-amerikanischer Kriegführung werden, dann ist das zum Teil auch eine späte Abrechnung mit oder Überreaktion auf das damalige linke Mitwirken in der realen deutschen Friedensbewegung der Jahre 1983/87. Doch die spiegelbildliche Umkehrung eines alten Fehlers ergibt noch nicht automatisch Richtiges...

Linke Neuorientierung und »Auschwitz im Wüstensand«

Selbstverständlich hatte es schon früh, und lange Jahre vor Entdeckung der Bezeichnung »antideutsch«, linke Kritik an der ideologischen Gemengelage in der Friedensbewegung gegeben. Am pointiertesten, wenn auch stellenweise überzogen, brachte es zuerst der Publizist und Polemiker Wolfgang Pohrt zum Ausdruck. Bereits 1983 veröffentlichte er einen Artikel in der Zeitschrift *konkret* unter der Überschrift *Die Untergangsvision als Stahlbad*. Darin vertritt er einerseits die These, beim Schwelgen in Weltuntergangsvisionen würde die Idee vom Zusammenrücken der Deutschen als Nation wieder hoffähig gemacht. Andererseits diene das Beschwören der drohenden finalen Katastrophe auch dazu, dass ehemalige Linke ihren Frieden mit den herrschenden Verhältnissen machten, sofern sich nur herausstelle, dass der Untergang ausbleibe. Die Dinge sehr zuspitzend, bezeichnet er die Friedensbewegung als »deutsch-nationale Erweckungsbewegung«. Aufgrund des frühen Zeitpunkts seiner Kritik haben viele »Antideutsche« ihn später als eine Art Stammvater ihrer Ideen betrachtet. Pohrt selbst hat sich spätestens mit seinem Berliner Auftritt vom 3. Oktober 2003 aus ihren Reihen verabschiedet. (Vgl.: Wolfgang Pohrt, Zoff im Altersheim, in: ders., FAQ, Berlin 2004)

Auf weniger zugespitzt-polemische Weise versuchten viele Mitglieder linker Strömungen, solchen Tendenzen entgegenzuwirken und dezidiert andere Orientierungen innerhalb oder am Rande der Friedensbewegung zu verstärken. Der größte Teil der Linken arbeitete damals auf irgendeine Weise in ihr mit, abgesehen von den Autonomen, die schon früh auf Distanz gingen und Wert darauf legten, dass sie eine eigenständige »Antikriegsbewegung« vertreten. Ab 1987 beginnt dann der definitive Rückfluss der Friedensbewegung als breite Massenbewegung, denn in jenem Jahr beginnt, infolge der Verhandlungen zwischen US-Präsident Reagan und dem neuen sowjetischen Staatsoberhaupt Michael Gorbatschow, der Abbau der Mit-

telstreckenraketen. Die ökopazifistische Bewegung gleitet dadurch noch stärker ins inhaltlich Diffuse ab, da sie eines konkreten Gegenstands ihrer Kritik beraubt ist.

Beim KB gab es eine Tendenz, die vor allem die Frage der eigenen Ambitionen der BRD-Eliten auf den Besitz atomarer, biologischer und chemischer Waffen zum Thema machen will. Tatsächlich ist die Frage einer deutschen Verfügung über Nuklearwaffen im Laufe der Nachkriegsgeschichte immer wieder durch bestimmte Politiker aufgeworfen worden; insbesondere sind diese Bestrebungen mit dem Namen von Franz-Josef Strauß verbunden, der in seinem Leben unter anderem Bundesatom- und Verteidigungsminister sowie bayerischer Ministerpräsident war. Die Ambitionen, über technologische Grundlagen zu verfügen, die – unter günstigen politischen Voraussetzungen – den Bau eigener Atomwaffen erlauben würden, wird in den 80er Jahren unter anderem mit dem Projekt des Baus einer Plutoniumfabrik im bayerischen Wackersdorf verbunden. 1988/89 animieren Mitglieder und Personen im Umfeld des KB eine Kampagne unter dem Titel »Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz«, die darauf aufmerksam machen soll, dass die Bundesrepublik niemals freiwillig, sondern nur auf Druck ihrer Verbündeten und unter Bedingungen auf den Erwerb eigener ABC-Waffen verzichtet hat. Damit soll in die Anti-AKW- und in die Friedensbewegung hinein gewirkt werden. Zu den wichtigsten Protagonisten dieser Kampagne gehören in dieser Zeit Jürgen Elsässer, der linke grüne Bundestagsabgeordnete Thomas Ebermann und sein zeitweiliger Mitarbeiter Matthias Küntzel. Bei einem Vortrag in Konstanz im Frühjahr 1989 spitzt Jürgen Elsässer die Orientierung in folgenden Sätzen zu: »Die BRD ist nicht nur Raketen-Abschussrampe der Supermächte, sondern strebt nach eigenen Atomwaffen; sie ist nicht nur Opfer, sondern auch Täter.«

Im Zusammenhang mit dem mörderischen Iran-Irak-Krieg, arbeiten vor allem linke Gruppen der Friedensbewegung daran, nunmehr weit stärker die eigene Rolle der BRD als wichtiger Rüstungsexporteur und Waffenlieferant sowohl der irakischen als auch der iranischen Diktatur zu thematisieren. In Hamburg konstituiert sich ein »Komitee gegen den iranisch-irakischen Krieg«, bei dem unter anderem Jürgen Reents vom linken Flügel der Grünen (später PDS) mitarbeitet, ebenso der iranische Oppositionelle Bahman Nirumand. Der marxistische Ökonom und Journalist Winfried Wolf veröffentlicht Ende 1988 sein Buch *Händler des Todes: Bundesdeutsche Rüstungs-*

und Giftgasexporte im Golfkrieg und nach Libyen, das einige der wesentlichen Erkenntnisse zur Rolle der BRD zusammenträgt und in jenen Jahren in der Linken eine breite Rezeption erfährt. Man braucht also keineswegs auf die späteren »Antideutschen« zu warten, die die gesamte linke Opposition gegen die US-Kriege im Irak (1991 und 2003) als angebliche Komplizen der dortigen Diktatur hinstellen und vorgeben, nur sie übten Kritik an den Verbrechen des irakischen oder iranischen Regimes. Denn von damaligen Linken wurden die deutschen Lieferanten von Giftgasfabriken sehr klar beim Namen genannt, ohne allerdings die anderen Quellen von Rüstungsexporten zu verschweigen. Alle großen westlichen Industrieländer belieferten damals beide Diktaturen gleichzeitig mit Waffen, u.a. um das OPEC-Kartell der Erdöl fördernden Länder dauerhaft zu schwächen; mit Ausnahme vielleicht Frankreichs, das in diesem Konflikt eher »einseitig« das irakische Regime beliefert – was im Namen pro-westlicher »Realpolitik« in jener Zeit von dem grünen Regierungsaspiranten Otto Schily unterstützt wird.

Um dieselbe Zeit, Anfang 1989, kommt es zum zweiten militärischen Konflikt zwischen den USA und Libyen, nach der Bombardierung von Tripolis und Benghazi im April 1986. Darüber kommt es auch zu einer kurzfristigen Verstimmung zwischen den USA und der BRD, da bundesdeutsche Firmen jene Fabrik im libyschen Rabta errichtet haben, die durch die USA verdächtigt wird, der Produktion chemischer Waffen zu dienen. In dieser Situation prägt ein Kolumnist der *New York Times*, William Safire, ein außenpolitischer Scharfmacher und rechter Konservativer, der vor 1977 dem Stab von US-Präsident Richard Nixon angehört hatte, eine Formulierung, die ihn weltweit berühmt machen wird: Er nennt die Fabrik, in der mutmaßlich – unter Beteiligung deutscher Firmen – an der Produktion chemischer Kampfmittel gearbeitet wird, ein »Auschwitz im Wüstensand«.

Diese Formel ist nicht nur überspitzt, sondern in der Sache falsch, da kein Völkermord mit der Anlage in Rabta verbunden ist. Und im Unterschied zum Irak, an dessen biologischer und chemischer Aufrüstung Mitte der 80er Jahre sowohl die USA als auch Westdeutschland beteiligt sind, hat Libyen auch keine solchen Waffen jemals eingesetzt. Dennoch bündelt die Formulierung Safires auch eine nachvollziehbare Empörung in der jüdischen Community in den USA darüber, dass deutsche Firmen wieder in der Lage sind, international als Produzenten von Giftgas aufzutreten. Freilich

hat der NYT-Kolumnist seine Empörung im konkreten Fall im Sinne des außenpolitischen Interesses der US-Elite kanalisiert.

Ich erinnere mich, dass die Parole vom »Auschwitz im Wüstensand« damals von manchen Protagonisten der radikalen Linken – etwa Jürgen Elsäßer – agitatorisch aufgegriffen worden ist, um eine besonders radikal klingende Anklage zu formulieren. Doch insgesamt unterstützte der damalige KB nicht die Orientierung von William Safire, sondern sah mit den USA und der BRD »Waffenproduzent gegen Waffenexporteur« stehen. Tatsächlich hatte die US-Regierung damals soeben ein Programm zur Produktion von einer Million Giftgasgranaten für ihr eigenes C-Waffen-Arsenal neu aufgelegt. Aber ich denke, dass damals ein Schema lanciert und teilweise innerhalb der Linken übernommen worden ist, das genau zwei Jahre später, mit dem Zweiten Golfkrieg von 1991, reaktiviert und weiterentwickelt werden konnte. In einer Situation, in der die gesamte Linke sich angesichts der historischen Umbrüche in Europa und der »Wiedervereinigung« neu zu orientieren suchte und in der Teile von ihr die Gefahr eines »Vierten Reiches« beschworen, konnte das Schema ideologieprägende Wirkung entfalten. Hier beginnt die Assoziationskette, die zur Denunziation des »Nationalsozialismus im Nahen Osten« führte.

Im »Taumel« der Wiedervereinigung

Parallel zu der aufkommenden linken Kritik an der inhaltlich diffusen Friedensbewegung – die sich ab 1987 ohnehin im Zerfall befindet – findet auch die zunehmende Umwandlung der westdeutschen Grünen zu einer angepassten bürgerlichen Oppositions- und künftigen Regierungspartei statt. In dieser Situation streben viele, am Grundsatz der Gesellschafts- und Kapitalismuskritik festhaltende Linke, die bis dahin unterschiedlichen Strömungen und Organisationen angehört hatten, nach einer neuartigen Sammlung, um dem »Sog der Anpassung« zu entgehen. Anvisiert ist eine ebenso lockere wie dynamische Umgruppierung innerhalb der Linken, die intelligentere Formen der Kritik an der bestehenden Ordnung zusammenführen, nicht aber orthodox-kommunistische oder verbalradikale Sekten einsammeln soll. So konstituiert sich im Laufe der ersten Jahreshälfte 1989 ein mehr oder weniger loses Bündnis unter dem Namen »Radikale Linke (RL)«. Ihm gehören unter anderem linke Grüne wie der »Ökosozialist« Thomas Ebermann und die Frankfurterin Jutta Ditfürth (die ihre Parteimitglied-

schaft 1990 bzw. 91 aufgeben werden), Angehörige des KB, Winfried Wolf von der »Sozialistischen Zeitung« SoZ, das DKP- Mitglied Georg Fülberth, kritische Autonome und Menschen aus linken Zeitungsprojekten an.

Der verbindende Hauptkritikpunkt ist der immer stärker werdende, auf »Modernisierungschancen im System« setzende Anpassungstrend, dem von der »RL« der Name der »rosa-grünen Besoffenheit« verliehen wird. In einem über mehrere Treffen hinweg erarbeiteten Text *Grundlagen der Radikalen Linken* heißt es dazu, der Kapitalismus in der BRD strebe danach, sich zu »modernisieren, indem er ein paar Umwelttechniken in seine Exportpalette aufnimmt, einige Karriere-Plätze für Frauen bereitstellt und sich Friedensfähigkeit attestiert«. Anders als in der früheren Modernisierungsphase in den frühen 70er Jahren geschehe dies aber, während das herrschende Gesellschafts- und Wirtschaftssystem auf sozialem Gebiet »keine Reformen anbietet, sondern in einer Deregulierungsoffensive viele jener Reformen zurückholt, die er einmal ... gewähren musste.« Daneben beschäftigt sich die Erklärung auch mit dem Aufkommen eines bundesdeutschen Rechtsextremismus in Gestalt der Partei der REPs, die in jenem Jahr zeitweise von Wahlerfolg zu Wahlerfolg eilt.

Doch wenige Monate später ist in den Reihen der RL nicht mehr von »rot-grüner Besoffenheit« als Hauptübel die Rede, sondern vom »nationalen Taumel«. Im November 1989 ist die Berliner Mauer gefallen, und ihre Trümmer haben auch jene Linke getroffen, die nie vom »real existierenden Sozialismus«, geschweige denn vom Regime der DDR begeistert gewesen war. Im Dezember desselben Jahres veröffentlicht Bundeskanzler Helmut Kohl seinen »Zehn-Punkte-Plan« zum staatlichen Zusammenschluss von (absorbierender) BRD und (zu schluckender) DDR. In Westdeutschland ist die öffentliche Meinung zwar nicht offen gegen die »Wiedervereinigung«, da diese historisch ein offizielles Legitimationsideal des Staates darstellt, gegen das keine größere Kraft sich stellt – dennoch ist man mehrheitlich skeptisch und abwartend, denn: »Was wird uns das noch kosten?« Die DDR-Bevölkerung dagegen ist mehrheitlich euphorisch von der Aussicht auf die Übernahme der »harten D-Mark«, im Gegensatz zu denjenigen, die als Oppositionsbewegung als erstes auf die Straße gegangen sind. Straßendemonstrationen an manchen Orten werden zunehmend aggressiv und drängen auf rasche Beseitigung aller Hindernisse auf dem Weg zur Vereinigung. Im März 1990 gewinnen die Kohl-Anhänger die Mehrheit in der

ersten und letzten demokratisch gewählten Volkskammer der DDR.

In dieser Situation verstanden die treibenden Kräfte innerhalb der »RL« sich als eine Art »Fels in der Brandung«. Allgemein ist die kapitalismuskritische Linke überwiegend negativ zu dem real ablaufenden Prozess eingestellt – abgesehen von einem Teil der damaligen SED-PDS (und späteren PDS), die vor allem danach bestrebt ist, wenigstens Überreste ihrer angestammten Positionen in das künftige »wiedervereinigte« Deutschland hinüberzuretten. Doch innerhalb der Linken, die in keiner Tradition als Staats- und Regierungspartei stand und nicht auf unbedingte »Konstruktivität« verpflichtet war, koexistierten zwei grundsätzliche Haltungen. Die eine Position beklagte die Form, welche der Vereinigungsprozess annimmt, als pure Einverleibung der DDR durch die sich vergrößernde Bundesrepublik, anstatt eine neue Verfassung für den »gemeinsamen« Staat auszuarbeiten. Sie lehnte die gesellschaftspolitischen Ziele, die ihm gegeben werden, ab. Ein Siegeszug der Konzerne wurde konstatiert, die nun die ehemalige DDR zu einem billigen Arbeitskrätereservoir und Absatzmarkt machen und die vorhandene Ökonomie zerschlagen wollen. »Mezzogiorno in Ostdeutschland« lautete ein damals viel benutzter Begriff. Das im bürgerlichen Diskurs ständig gefeierte »Ende der Kommandowirtschaft« im Realsozialismus wurde als Anfang eines neuen wirtschaftlichen Diktats durch Konzernstrukturen und Arbeitslosigkeit beschrieben.

Dagegen bestand die andere prinzipielle Haltung darin, den Vereinigungsprozess als solchen abzulehnen und den Standpunkt zu vertreten, eine »bessere Wiedervereinigung« sei nicht vorstellbar und/oder wünschenswert. Der Aspekt vom Kapitalismus, der sich als Sieger der Geschichte präsentiert und dessen Protagonisten nun ungehemmt ihre wirtschaftliche Macht ausdehnen würden, wurde zwar nicht bestritten. Doch lag das Wesentliche des geschichtlichen Ereignisses demnach nicht darin, das »Klasseninteresse« der wirtschaftlichen Führungsschicht zu benennen, sondern darin, dass es eine Zustimmung aller anderen gesellschaftlichen Klassen zu dem Vereinigungsprozess gab. Skandalisiert wurde, dass gerade kein dem Kapital entgegenstehendes soziales Interesse artikuliert wurde. Als klassenübergreifender Kitt wurde im Wesentlichen die Dynamik des speziell deutschen Nationalismus betrachtet. Das Wörtchen »wieder« im herrschenden Diskurs von der »Wiedervereinigung« bezeichneten Kritikerinnen als besonders warnenden Hinweis, da es die Intention einer Wiederherstellung

der zwischen 1871 und 1945 bestehenden Verhältnisse andeute. In diesem Sinne organisierte die Radikale Linke (RL) als Hauptträgerin am 12. Mai 1990 eine Demonstration unter dem Titel »Nie wieder Deutschland« in Frankfurt/Main, an der 15.000 bis 20.000 Personen aus recht unterschiedlichen linken Spektren teilnahmen.

In dem bereits zitierten Artikel *Weshalb die Linke anti-deutsch sein muß* begründet dessen Verfasser seinen Standpunkt folgendermaßen:

Linke behandeln das Thema »Wiedervereinigung« mit einer gefährlichen Verharmlosung, als ob es schlicht um die Ausdehnung der Marktwirtschaft nach Osten ginge. ... Diese Sichtweise erfäßt nur einen Ausschnitt der Wirklichkeit und abstrahiert von der »deutschen Besonderheit« der Vorgänge.

Deswegen ist »eine Kritik an der kapitalkonformen Zurichtung der Ökonomien Osteuropas ... zwar unverzichtbar«, sie bleibt aber »stumpf« und muss »ergänzt werden durch eine ausdrücklich anti-nationalistische und damit anti-deutsche Sicht«. Diese wiederum findet ihr Fundament »im geschichtlichen Verlauf der Klassenkämpfe hierzulande«.

Elsässer wirft die Frage auf: »Was macht es für die deutsche herrschende Klasse bis heute so leicht, über den Nationalismus die Unterdrückten an ihre Ziele zu binden?« Darauf erteilt er eine skizzenhafte Antwort, unter Bezugaufnahme auf einen »sozialpsychologischen Ansatz ..., der materialistisch fundiert ist«. Sie enthält den Hinweis: »Der Nationalstaat wurde – im Unterschied zu den bürgerlich-demokratischen Prozessen in Frankreich und England – nicht vom Volk erkämpft, sondern von oben mit Blut und Eisen durchgesetzt.« Das verweist aber auch auf die unterschiedliche Geschichte und Herausbildungsweise der Bourgeoisie, der ökonomisch dominierenden Klasse: Während sie beispielsweise in Frankreich die überkommenen Hüllen von Adelherrschaft und Monarchie abschüttelte und sich dadurch zur politisch wie wirtschaftlich führenden Kraft im Nationalstaat aufschwang, flüchtete sie sich dagegen in Deutschland als vorwiegend ökonomisch tätiges Bürgertum unter die Fittiche des preußischen »starken Staates« – jedenfalls, nachdem der Versuch einer bürgerlichen Revolution in Deutschland 1848/49 gescheitert und blutig niedergeschlagen worden war. Tatsächlich führte dies zur Geburt des deutschen »Nationalliberalismus«, über den Franz Neumann in seinem Werk über den NS-Staat

Behemoth schrieb, er habe das wesentliche Rückgrat des »Alldeutschen Verbands« gestellt, den er wiederum als »unmittelbare(n) ideologische(n) Vorläufer der Nationalsozialistischen Partei« qualifiziert.

Elsässer schreibt in seinem Artikel ferner:

Die Ablösung des preußischen Junkerstaats und die Ablösung des Faschismus – beides erreichte das deutsche Volk nicht aus eigener Kraft, sondern nur im Ergebnis verlorener Kriege. Diese grausame Lehre aus den Klassenkämpfen, dass sich Widerstand nicht lohne ... dies alles hat sich tief in die deutsche Psyche eingeschrieben.

Daraus folgt, dass »die Massenbasis für aggressive rassistische und nationalistische Politik hierzulande größer ist«, als in vergleichbaren Industrieländern. Der AK-Autor spricht auch vom »alten und möglichen neuen Faschismus« und malt schließlich in agitatorischer Absicht die »Perspektive eines Vierten Reiches« an die Wand.

Die Erklärung bricht in den Reihen des KB eine heftige Kontroverse vom Zaun, wie auch die gesamte Linke in jenen Tagen von Debatten, (Selbst-)Zweifeln und Orientierungssuche durchgerüttelt und durchgeschüttelt wird. Der damalige AK-Redakteur Knut Mellenthin, heute Autor bei der *jungen Welt*, verwirft die vorgeschlagene »anti-nationalistische und anti-deutsche Orientierung«. Er argumentiert: »Die entscheidende Übernahme prozeß (der DDR bzw. Osteuropas) findet in der Ökonomie statt.« Eine »primär ideologische Kampagne gegen den deutschen Nationalismus« zu fahren, sei unsinnig – da eine solche Orientierung sich »wie ein Aufruf ›Nieder mit dem Fieber!‹ zur Bekämpfung der Grippe« nur an Symptomen festmache, die mit dem Zusammenbruch des vormaligen realsozialistischen Gesellschaftssystems zusammen hingen. Ferner verwische sie gesellschaftliche Interessen in einem »peinlich oberflächlich(en)« Gemälde von »den« Deutschen.

Auf einer bundesweiten KB-Diskussionstagung Mitte Januar 1990 in Hamburg eskaliert der Streit. Die Unterstützerinnen der »anti-deutschen« Erklärung befinden sich in der Minderheit, und konstituieren sich folglich in den kommenden Wochen zur »KB-Minderheitsfraktion«. Ihre Köpfe sind,

neben Elsässer, u.a. der *konkret*-Autor Detlef zum Winkel, der damals auscheidende AK-Redakteur Heiner Möller und Matthias Küntzel. Übrigens: Aus der Kritik von Knut Mellenthin, mit einer Orientierung wie der ihren könne die Minderheitsfraktion auch gleich auf die Bahamas auswandern, da sie die Hoffnung auf jegliche Gesellschaftsveränderung in deutschsprachigen Ländern aufgegeben habe, resultiert die – ironisch gemeinte – Namensgebung ihres ab 1992 erscheinenden Zirkulars. Von ihm ist heute nur noch der Titel übrig geblieben, während die ursprünglichen Inhalte sich stark verändert haben. An die Publikation einer »Erklärung der Bahamas-Redaktion«, die *Bush – the Man of Peace!* großsprecherisch zum Sieg in seinem soeben als beendet erklärten Krieg gratuliert, wie im April 2003, wäre jedenfalls 1992 nicht zu denken gewesen.

Mein Blick zurück

Und der Verfasser dieser Zeilen? Ich nahm damals an dem bundesweiten Diskussionstreffen teil – an das ich mich umso besser erinnere, als es genau inmitten meiner schriftlichen Abiturprüfungen lag. Dabei unterstützte ich entschieden die Erklärung *Warum die Linke...* Das resultierte daraus, dass ihr meines Erachtens ein vollständigeres und aussagekräftigeres Verständnis von der gesellschaftlichen Dynamik zugrunde lag als jener von »orthodoxen« Gruppen zur selben Zeit verbreiteten vulgärmarxistischen Logik, welche den Vereinigungsprozess von BRD und DDR lediglich als Ausfluss herrschender Klasseninteressen und Konzernstrategien verstand. Letztere war meines Erachtens nicht in der Lage, die massenhafte Zustimmung zur »Wiedervereinigungs«-Forderung zu erkennen und mit ihr umzugehen, es sei denn, dass sie die Mehrheitsbevölkerung der Noch-DDR als lediglich »manipulierte Masse« betrachtete und damit zu einer passiven Größe reduzierte. Ferner erschien mir der angelegte Kern einer Faschismusanalyse bedeutsam, der die Existenz einer Massenbewegung oder -dynamik berücksichtigte und faschistische oder nationalsozialistische Herrschaft nicht auf eine bloß »von oben« kommende Diktatur reduzierte.

Dieser Gesichtspunkt ist im Übrigen gekoppelt an eine Diskussion, die wir innerhalb der vorangegangenen 12 Monaten bezüglich der rechtsextremen Wahlerfolge des Jahres 1989 hatten. Damals stand auf der einen Seite die in den bürgerlichen Medien breit entwickelte These vom »Protestwäh-

ler«. Demgegenüber hatten wir seitens der in Antifa-Arbeit engagierten KB- oder RL-Mitglieder eher betont, dass es ein tatsächliches rassistisches Potenzial in der Gesellschaft gebe.

Die – in ihrem Kern richtige – Erkenntnis, dass in der deutschen Gesellschaft keine einfache und offene Dichotomie zwischen Herrschenden und Beherrschten besteht, sondern dass letztere auf mehr oder weniger starke Weise in einen ideologischen Konsens einbezogen sind, stand am Ausgangspunkt der »antinationalen« Debatte. Das stimmt im Kern, lässt sich allerdings bei genauerer Analyse auf fast alle historisch ausgeformten Gesellschaftsordnungen – zumindest jene, die über längere Zeit hinweg stabil geblieben sind – übertragen. Denn der Interessenunterschied zwischen Herrschenden und Beherrschten tritt als solcher, nackt und ungeschminkt, nur in entscheidenden historischen Momenten zu Tage, beispielsweise wenn es zu revolutionären Brüchen kommt. Trotzdem herrscht auch in nicht krisenhaften Zeiten ein (mal stärkeres, mal schwächeres) verschleiertes Bewusstsein – man könnte auch sagen: eine Ahnung – davon, dass es Herrschaft und Ausbeutung gibt, und dass damit zusammenhängende fundamentale Interessenunterschiede bestehen. In Frankreich, wo es etwa alle zehn Jahre zu generalstreiksähnlichen Situationen oder zumindest zu breiten, verschiedene gesellschaftliche Sektoren übergreifenden Sozialkonflikten kommt (wie 1968, 1973, 1986, 1995 oder 2003), tritt diese »Ahnung« doch auf ganz andere Weise hervor als in der Bundesrepublik Deutschland. Diese unterschiedlichen Formen, gesellschaftliche Widersprüche zu integrieren oder auch partiell aufeinanderprallen zu lassen, hängen mit einer unterschiedlichen Sozial- und Ideologiegeschichte beider Länder zusammen. Dabei lässt sich freilich nicht allein an die Macht der »deutschen Ideologie« denken, sondern auch an die sehr unterschiedliche Art und Weise, wie der grundsätzliche soziale Interessenkonflikt über mal mehr, mal weniger institutionalisierte und an den Staat gebundene Gewerkschaften und andere »Blitzableiter« kanalisiert wird. Sicher ist, dass die Momente offenen Aufscheinens gesellschaftlicher Grundwidersprüche in Deutschland wesentlich seltener auftreten als in vergleichbaren kapitalistischen Ländern.

Aus dieser doppelten Feststellung, dass in der BRD der (ideologisierte) Konsens gegenüber dem gesellschaftlichen Konflikt überwiege und dass die damalige DDR-Bevölkerung mehrheitlich den »Anschluss« an diesen Staat

befürworte oder selbst fordere, folgte für die frühen Antinationalen oder Antideutschen eine zentrale politische Aussage. Sie lautete, dass die Rede von der »Volksgemeinschaft« in Deutschland nicht nur ein ideologischer, Illusion stiftender Slogan der Nazis sei, sondern aus historischen Gründen tatsächlich gesellschaftliche Form und manifeste Gewalt angenommen habe. Seitens anderer linker Strömungen wurde deswegen schon früh der Vorwurf erhoben, man teile eine Grundauffassung der Nazis und drehe lediglich die Vorzeichen um, betreibe also »negativen Nationalismus«.

Ansonsten bildete diese Auffassung vom sozialen bzw. »nationalen Konsens« in Deutschland schon früh einen Anknüpfungspunkt für eine Rezeption der Kritischen Theorie. Denn zu deren Grundannahmen zählt, dass die gesellschaftliche Konsensbildung, die über den Druck des Kollektivs auf das Individuum, der darauf zielt, sich den »allgemeinen Zielen« anzuschließen, vermittelt werde, eines der wichtigsten Herrschaftsinstrumente darstelle. Für manche Teile der Linken, die bis dahin vorwiegend den Aspekt der Repression durch die Herrschenden und ihren Staatsapparat betont hatten, bildete das einen Paradigmenwechsel, ja eine Art kopernikanischer Wende.

In jener Anfangsphase, in der es den Protagonisten noch nicht um die platte Befürwortung der Postulate von *Freedom & Democracy* ging, sondern um eine Kritik der Massen(zu)stimmung in Zeiten der »Wiedervereinigung«, fand ich die beschriebenen Ausgangsüberlegungen selbst interessant und bedenkenswert. Sie erschienen mir als notwendiges Gegengewicht zu jenem Vulgärmarxismus, der die nicht zur ökonomischen Elite zählenden Teile der Bevölkerung vorwiegend als von fremdem Willen beherrschendes »Opfer« wahrnimmt und ihre Zustimmungsbereitschaft vernachlässigt.

Dennoch bin ich im Nachhinein der Auffassung, dass unsere Position von 1990 ihrerseits deutlich reduktionistisch war, auch wenn sie einige Verkürzungen und Leerstellen der anderswo verbreiteten Thesen korrigieren konnte. Dabei wurde zu sehr der massenwirksame Charakter der Ideologie, also konkret des deutschen Nationalismus herausgestellt und als wesentliche Triebkraft hinter dem »Wiedervereinigungs«-Wunsch betrachtet. Tatsächlich wurde vernachlässigt, dass die Mobilisierung eines nicht unbeträchtlichen Teils der Noch-DDR-Bevölkerung vor allem einen starken ökonomischen Motor besaß, wobei die Verfolgung des wirtschaftlichen Interesses eine passende ideologische Verkleidung vorfand. Eine der beliebtesten Parolen in jenem Zeitraum in der Noch-DDR lautete: »Kommt die D-

Mark, bleiben wir — kommt sie nicht, gehn wir zu ihr«. Die harte Währung des westdeutschen Staates war sicherlich in den Augen eines Großteils der Noch-DDR-Bürger ein wesentlich zugkräftigeres Argument, als die höheren Weihen der »heiligen Werte einer deutschen Nation« allein es zu sein vermocht hätten. Sicherlich machten die nach dem vermeintlich winkenden Wohlstand Strebenden sich auch den Einschluss- und Ausschlussmechanismus, der Nationalstaaten prinzipiell innewohnt, dabei zunutze: Denn der erwartete »Eintritt in das Wohlstandsparadies« sollte ja ihnen vorbehalten bleiben, während die Möglichkeit des Anschlusses an die BRD nicht für Polen, Tschechen oder Rumänen bestimmt war.

Im antideutschen und antinationalen Diskurs wurde ferner zu wenig berücksichtigt, dass auch die in der Gesellschaft dominierende Ideologie vor allem in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg einige Veränderungen erfahren hat. Ein Urgrund an »deutscher Ideologie«, namentlich in Form der volksgemeinschaftlichen Prägung der Gesellschaft und der weit verbreiteten Ablehnung von (konsequentem) Klassenkampf als »Gefährdung des großen Ganzen«, ist sicherlich erhalten geblieben. In welcher Form er nachwirkt, dürfte sich besonders in der sozialen Krise erweisen müssen. Dennoch sind nach 1945 weitere Schichten deutscher Gesellschaftsgeschichte hinzu gekommen, die ihrerseits den ideologischen Fundus mit beeinflusst und geprägt haben: Die Erfahrung des »Wirtschaftswunders«, das Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre nur kurze Zeit auf jene des »Zusammenbruchs« folgt, ist nicht zu vernachlässigen.

Sicherlich überlagern sich im kollektiven Gedächtnis beide ideologischen Sedimentschichten, jene der »Volksgemeinschaft« vor 1945 und jene des »Wirtschaftswunders«, wobei der Antikommunismus als ein wichtiges Fundament überdauerte, schließlich hatte der NS mit den konsequent oppositionellen Teilen der Arbeiterbewegung *tabula rasa* gemacht. Die Nachkriegszeit hat jedoch eine eigene ideologische Prägung hinterlassen. Die starke Fixierung auf die unbedingte Bewahrung des Wohlstands und das damit verbundene, nahezu obsessive Streben nach gesellschaftlicher Stabilität fällt hier zu aller erst ins Auge: Eine tief verwurzelte Inflationsangst (aus Eingedenken an 1923 und 1948), die wesentlich stärker war als in den Nachbarstaaten, wo man im Zuge der sozialen Konflikte um die Verteilung des gesellschaftlichen Mehrprodukts schon mal bedenkenlos die Notenpresse anwarf. Der Wunsch nach einem ultra-stabilen politischen System,

das bis zum Aufkommen der Grünen fast 30 Jahre lang unbeweglich geblieben war. Eine in der politischen Klasse weit verbreitete Ablehnung aller Elemente direkter Demokratie, die als potenziell stabilitätsgefährdend und »die Gespenster der Weimarer Republik« heraufbeschwörend galten. Und auch eine bestimmte Form von (National-)Pazifismus, der die Früchte des erreichten eigenen Wohlstands nie wieder durch kriegerische oder andere politische, kollektive »Abenteuer« gefährdet sehen möchte, bildet einen bis heute spürbaren ideologischen Niederschlag. Mancher Ausdruck gesellschaftlicher Ablehnung von Militärinterventionen, deren Risiken und Ergebnisse ungewiss erscheinen, ist daran gekoppelt; daraus resultiert auch der vorwiegend auf die deutsche Nation als »Opfer« zentrierte Charakter bestimmter Teile deutscher Friedensbewegungen.

Die »antinationale« bzw. »antideutsche« Politik und Ideologie hat in ihrer Anfangsphase dieses Gemisch aus Brüchen und Kontinuitäten weitgehend verkannt. Stattdessen wurde vor allem das Element der behaupteten direkten Kontinuität mit historischen Formen des deutschen Nationalismus in den Vordergrund gestellt: Prognose vom »Vierten Reich« (und sei es in agitatorischer Manier), erwartete kriegerische und andere Zuspitzungen etwa im östlichen Europa nach dem Rückzug der Sowjetunion auf ihre Grenzen, eskalierende rassistische Mobilisierung gegen Immigranten... Daraus folgte auch eine, eher gestikulierende, denn mit realen Wirkungsmöglichkeiten ausgestattete, scharfe Rhetorik, die mitunter die eigene politische Ohnmacht mit schreiend radikalen Phrasen übermalte: »Bomber Harris, do it again!«.

Rassismus und Asyldebatte

Zwischen 1991 und 1994 schienen einige Entwicklungen der alarmistischen und auf eine vermeintliche Wiederholung historischer Erscheinungsformen fixierten Diagnose bzw. Prognose sogar Recht zu geben. Nachdem ab Sommer 1991 die ersten sozialen Verwerfungen infolge der »Wiedervereinigung« sich in Ostdeutschland bemerkbar machten, entdeckten und forcierten nahezu die gesamte politische Klasse sowie sämtliche größeren Medien unisono ein Thema: Die *Asyldebatte*. Monatelang konnte man buchstäblich keine Zeitung – von linksalternativen oder linksradikalen Medien einmal abgesehen – aufschlagen, ohne über mehrere Seiten hinweg das alles beherrschende Thema »Der unkontrollierte Zustrom von Asylbewerbern und

die Reaktionen« ausgebreitet zu finden. Ab September 1991 eskalierte die Situation, nachdem sämtliche außereuropäischen Immigranten (Asylbewerber und ehemalige DDR-Vertragsarbeiter aus Mocambique) aus der sächsischen Stadt Hoyerswerda durch einen brandschatzenden Mob vertrieben worden waren. In denselben Tagen verschickte der damalige CDU-Generalsekretär Volker Rühle seinen Brief an sämtliche Orts- und Kreisverbände seiner Partei, in dem diese aufgefordert wurden, in allen Gemeinde-, Stadt- und Kreisparlamenten systematisch Fragen nach den »Kosten der Asylbewerber« aufzuwerfen und eine generalstabsmäßige Kampagne gegen die Anwesenheit dieser Menschen durchzuführen. Monatelang überboten sich daraufhin die Politiker der etablierten Parteien gegenseitig mit infamen Vorstößen und Erfindungen: Der Münchener Oberbürgermeister Georg Kronawitter (ehemals SPD) fantasierte etwa im März 1992 herbei, unter den afrikanischen Asylbewerbern in seiner Stadt befänden sich möglicherweise »900 Gaddafi-Söldner«. Nachdem die Lügenstory durch mehrere Boulevardzeitungen gegangen war, hörte man nie wieder etwas darüber. Der Fraktionschef der NRW-SPD im Landtag, Friedhelm Farthmann, machte öffentlich folgenden, an Totschlagsforderungen erinnernden Vorschlag für den Umgang mit Asylbewerbern: »An Kopf und Kragen packen, kurzen Prozess machen und raus damit!« Und parallel zur Öffnung der Schleusen für den rassistischen Diskurs durch nahezu alle etablierten politischen Kräfte kam es zu einer beispiellosen Gewaltwelle: Beinahe Nacht für Nacht brannten Asylbewerberheime oder »Ausländer«-Wohnungen irgendwo in der vergrößerten BRD. Die Täter waren mitunter organisierte Neofaschisten, aber oft auch unorganisierte, aufgehetzte Jugendliche. Der organisierte Rechtsextremismus gewann zwar erneut Auftrieb. Bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg im April 1992 erhielten »Republikaner« und DVU zusammen 13 Prozent. Aber der Rechtsextremismus beherrschte nicht wirklich die Szene, sondern er wurde durch das Agieren der etablierten, staatstragenden Parteien selbst mit nach oben gespült.

In dieser Situation schien sich die Prognose vom beschleunigten Übergang zu Herrschaftsformen mit teilweise faschistischen Zügen, von einer reaktionären Massenmobilisierung zu bewahrheiten. War doch das von Antinationalen diagnostizierte »Bündnis von Mob und Elite« konkret am Werk. Aber nachdem die Ergebnisse dieser rassistischen Welle kontraproduktiv zu werden begannen, nachdem auch im westlichen Ausland die alarmierten

Schlagzeilen sich häuften und das historisch geformte Bild vom »hässlichen Deutschen« wieder Verbreitung zu finden drohte, zogen die politischen und medialen BRD-Eliten die Bremse an – nach über einem Jahr freilich. Der Staat selbst setzte das Ziel der erfolgreichen Kampagne um: Am 26. Mai 1993 beschloss der Bundestag die faktische weitgehende Aushebelung des Asylrechts im Artikel 16 Grundgesetz, mit Stimmen aus CDU/CSU, FPD und einem bedeutenden Teil der SPD. Doch danach dämmte er die sich verselbständigende Mobilisierung an der rassistischen »Basis« ein.

Die rassistische Asyldebatte hatte sich nämlich verselbständigt. Drei Tage nach dem Bundestagsbeschluss steckten rechtsextreme Täter eine Wohnung in Brand, woraufhin fünf türkische Frauen in den Flammen starben. Die Opfer waren dieses Mal keine Asylsuchenden, sondern zählten zur fest etablierten Immigrationsbevölkerung. Die türkische Regierung schaltete sich ein, um einen besseren Schutz ihrer Staatsangehörigen zu fordern, und die internationale Presse berichtete ausführlich über den Brand von Solingen. Daraufhin setzte, zum ersten Mal seit längerem, eine nennenswerte Repression gegen neonazistische Strukturen ein. In den Medien wurde die Warnung vor der »Asylflut« durch Mahnungen vor »Ausländerfeindlichkeit« abgelöst. Den Mitgliedern rechtsextremer Parteien schließlich, namentlich der bis dahin erfolgreichen »Republikaner«, signalisierte der Staatsapparat ein deutliches »So nicht weiter!« In fast allen Bundesländern wurde die Partei der REPs nunmehr unter Beobachtung des Verfassungsschutzes gestellt nachdem bis dahin jahrelange eine subtile Einteilung zwischen zu beobachtenden »rechtsextremistischen« und lediglich »rechtsradikalen«, (noch) nicht zu observierenden Kräften eingehalten worden war. Die Aufnahme in die, öffentlich zugänglichen, Verfassungsschutzberichte stellt in der BRD eine außerordentliche Möglichkeit zur Stigmatisierung »nicht staatskompatibler« Kräfte dar, die in den Nachbarländern keine Entsprechung findet. Vor allem aber ist mit ihr die Möglichkeit verbunden, Berufsverbote gegen öffentlich Bedienstete und Beamte, die den betreffenden Organisationen angehören, auszusprechen. Diese Drohung wurde den Beamten unter den Mitgliedern der REPs ab 1994 auch öffentlich deutlich signalisiert. Daraufhin war der Aufstieg der »Republikaner« unterbrochen, die bei den Europaparlaments- und Bundestagswahlen von 1994 wieder unter die Fünf-Prozent-Hürde fielen. Im Dezember desselben Jahres sägten sie ihren erfolgsverwöhnten Anführer Franz Schönhuber als »zu extremis-

tisch« ab, der sich daraufhin mit einigen Getreuen absplattete.

Im Endeffekt hat die Entwicklung der frühen 90er Jahre also, entgegen mancher Prognosen, die Bahnen des bürgerlich-demokratischen Systems »westlicher« Prägung nicht durchbrochen – sondern sie wurde letztendlich kanalisiert, nachdem der rassistische Terror ein bis zwei Jahre hindurch entfesselt worden war und erstaunlich geringe Widerstände angegriffen hatte. Das Ergebnis war eine deutlich stärkere Abschottung der BRD gegen die Einreise von politisch Verfolgten und gegen den befürchteten »Ansturm der globalen Armut«, mit der restriktiven Änderung des Grundgesetz-Artikels 16. Das aber war keine spezifisch deutsche Erscheinung, denn im selben Jahr erfolgte auch beispielsweise in Frankreich eine partielle Demontage des Asylrechts unter dem damaligen nationalkonservativen Innenminister Charles Pasqua. Es wäre also notwendig, sehr genau zu unterscheiden, welchen Anteil spezifische, der deutschen Ideologiegeschichte entlehnte Momente an der Funktionsweise der bestehenden Gesellschaft haben, und inwiefern die BRD funktioniert wie jeder andere hoch entwickelte kapitalistische Industriestaat unter den Bedingungen des Imperialismus auch – also mit einem relativ starken sozialen Konsens, der u.a. an das Vorhandensein bedeutender materieller Verteilungspotenziale geknüpft ist, sowie rassistischen Mechanismen, die auf eine Verteidigung dieses gesellschaftlichen Reichtums nach außen hin abzielen. Eine differenzierte Antwort würde wahrscheinlich von beiden Elementen etwas enthalten.

Die Kriegsdebatte 1991: Kommt das Vierte Reich auf dem Umweg über Bagdad?

Ein Teil der Linken hatte sich soeben frisch in die Orientierungsdebatte und -krise im Zusammenhang mit der »Wiedervereinigung« gestürzt, da stand bereits das nächste weltpolitische Ereignis auf der Tagesordnung. Noch vor dem 3. Oktober 1990, an dem die staatliche Einheit von BRD und DDR besiegelt wurde, erreichten die Schockwellen internationaler Spannungen auch uns. Am 2. August 1990 hatte die Armee des Irak den kleinen, aber erdölreichen Nachbarstaat Kuwait überrannt.

Dabei hatte der irakische Diktator Saddam Hussein wohl zunächst mit der wohlwollenden Neutralität der USA gerechnet, die ihn in den 80er Jahren –

neben anderen Großmächten, darunter an wesentlicher Stelle auch Frankreich und die BRD – mit hochmodernen Waffen beliefert und vorher zum Überfall auf den Iran ermuntert hatten. »Wir wollen zu den innerarabischen Konflikten keine Position beziehen, beispielsweise ihrem Konflikt mit Kuwait«, erklärte die US-Botschafterin in Bagdad, April Glaspie, anlässlich ihrer Unterredung mit dem irakischen Präsidenten am 25. Juli 1990. Eine Woche später rollten die Panzer. Doch die tatsächliche Reaktion der USA ließ nicht lange auf sich warten: Noch im Monat August leiteten sie einen gigantischen Truppenaufmarsch am Persischen Golf in die Wege und bedrohten den Irak mit Krieg. Die Vermutung ist nicht abwegig, dass die US-Administration die äußerst günstige Gelegenheit beim Schopf gepackt hatte, um der Umorientierung der westlichen Militärdoktrin (weg vom östlichen, hin zu einem zukünftigen »südlichen« Feind) materielle Gewalt zu verleihen. Wenige Wochen zuvor, am 21. Juni 1990, hatte der damalige NATO-Generalsekretär Manfred Wörner in Paris einen Vortrag beim Institut für Internationale Beziehungen (IFRI) gehalten. Darin erklärte der deutsche CDU-Politiker und frühere Bundesminister der Verteidigung unter anderem, die NATO müsse sich nach dem Ende des Kalten Krieges mit dem sowjetischen Block für »neue militärische Fragen, die durch die Entwicklung der Dritten Welt entstanden« seien, bereit halten. Besonders im Nahen Osten und im Mittelmeerraum bestünden »gestiegene Risiken außerhalb Europas ... deren Entwicklung Europas Sicherheit direkt angeht«.

Der Fortgang der damaligen Ereignisse ist hinreichend bekannt, namentlich die sechswöchige Bombardierung des Irak vom 17. Januar bis zum 28. Februar 1991, die rund 150.000 Tote forderte und von Aufständen im Irak gefolgt war. Dabei vertrauten die revoltierenden Teile der Bevölkerung, vor allem im kurdischen Nord- und schiitischen Südirak, auf eine Hilfe durch die USA und ihre Golfkriegsalliierten. Doch die US-Administration entschied in den Nachkriegstagen, eine solche unkontrollierte Entwicklung im Irak sei nicht wünschenswert, und ließ den irakischen Repressionskräften freie Hand; trotz Flugverbots der Alliierten konnten deren Kampfhubschrauber teilweise direkt neben US-Radaranlagen starten und landen. In dieser Phasen starben erneut mindestens 150.000 Iraker in dem Blutbad, das vom Regime angerichtet wurde. Im Gedächtnis eines Teils der US-amerikanischen Rechten hat sich jedoch die damals von George Bush senior gefasste strategische Entscheidung, nicht bis Bagdad weiterzumar-

schieren und das Regime als kontrollierenden Faktor aufrecht zu erhalten, in ideologischer Form eingraviert. Demnach handelte es sich vermeintlich um ein Resultat der Schwächlichkeit US-amerikanischer Politik, also um eine Scharte, die es auszuweiten galt. Diese ideologisch unterfütterte Annahme wurde zu einem Axiom eines Flügels der US-Republikaner. Darin liegt einer der Gründe dafür, dass ein Teil der Führungselite in Washington unter Bush junior es nach, und wahrscheinlich sogar vor, dem 11. September 2001 eilig hatte, nun definitiv mit dem irakischen Regime – das nichts mit den Attentaten zu tun hatte – abzurechnen.

In den ersten Kriegstagen hatte das irakische Regime die Luftattacken unter anderem mit dem Abfeuern mehrerer Salven von Scud-Raketen auf Saudi-Arabien und Israel beantwortet. Vor allem aus propagandistischen Gründen und in der Hoffnung, die »arabische Straße« oder andere Regime auf seine Seite ziehen zu können, verschärfte Saddam Hussein vor allem seine Drohungen gegenüber Israel; auf ihrem Höhepunkt drohte er damit, die nächsten Raketen mit Giftgas-Sprengköpfen zu bestücken. Real schien er dafür freilich gar nicht die militärischen Mittel zu besitzen, da die Verlängerung der Reichweite der ursprünglichen Scud-Kurzstreckenraketen sowjetischer Bauart – ein Werk des deutschen Thyssen-Konzerns – stark auf Kosten ihrer Trägerkapazitäten gegangen war. Dennoch verbrachten in Israel viele Menschen bange Tage und Nächte, mit Gasmasken ausgestattet, in Schutzbunkern; wobei die Behörden allerdings an die palästinensische Bevölkerung keine Gasmasken ausgegeben hatten (von der manche Personen ihrerseits dann den nach Israel fliegenden Scuds zujubelten).

In dieser Situation wurde das historische Bild vom »Auschwitz im Wüstensand«, von dem 1989 im libyschen Kontext die Rede gewesen war, reaktiviert. In Israel fanden Protestdemonstrationen gegen die deutschen Giftgas-Lieferanten statt, die – in einem Land, in dem auch viele Überlebende des Holocaust wohnen – notwendig auch mit kraftvollen historischen Bildern und Vorwürfen argumentierten. Dafür war eine Linke in Deutschland, die soeben vor dem deutschen Nationalismus und der Wiederkehr seiner Gefahren gewarnt hatte, notwendig sensibel. Jedoch wurde diese Debatte auch in Deutschland von einem Teil der politischen Klasse und durch die Medien aufgegriffen und instrumentalisiert. Der alte linke, kritische Begriff von den »Händlern des Todes« wurde nun plötzlich auch durch konformistische, staatstragende Presseorgane und Politiker in de-

nunziatorischer Absicht benutzt. In ihrer Darstellung handelte es sich allerdings um »schwarze Schafe«, die dringend zur Rechenschaft gezogen werden müssten – während in Wirklichkeit die Lieferanten der Giftgas-Anlagen Branchenriesen und sehr oft auch Firmen im Bundessitz waren, wie die Preussag AG und ihre Tochterfirma WET, die an Giftgasanlagen mitgebaut hatten, und die Münchener Rüstungsschmiede Messerschmidt-Bölkow-Blohm. Von MBB hatte die irakische Armee einen Teil ihrer Kampfhubschrauber und -jets bezogen, die möglicherweise C-Waffen-Einsätze gegen Kurden geflogen hatten; und die Bundeswehrhochschule in München hatte dazu die Piloten ausgebildet. Diese Verwicklung führender Konzerne und des bundesdeutschen Staats ging jedoch im Medienkonzert unter, das stattdessen vor allem eine Botschaft zu befördern trachtete: Jetzt ist Wiedergutmachung angesagt – sowohl Wiedergutmachung für die historisch begangenen Verbrechen an Juden, als auch Wiedergutmachung für das Handeln der angeblichen »schwarzen Schafe der deutschen Wirtschaft«. Wie aber? Durch eine stärkere militärische Beteiligung der BRD am Konflikt! Einige übereifrige Diskussionsteilnehmer wollten gleich die Bundeswehr nach Israel schicken – so ein Vorschlag des Oberbürgermeisters von Wiesbaden, Achim Exner. Der SPD-Politiker fand dafür Unterstützung beim taz-Redakteur Klaus-Peter Klingelschmitt, damals eines der wichtigsten Sprachrohre des »realpolitischen« Flügels der Grünen und Joschka Fischers, welcher damals gerade anfang, nach Anlässen zu suchen, um sich vom Pazifismus zu verabschieden. Der Bundeswehrgeneral Reinhard Schmückle, ein Weggefährte des ehemaligen westdeutschen Rechtsauslegers Franz-Josef Strauß, bezeichnete die deutsche Militärpräsenz in der Türkei in diesem Kontext als »praktische Trauerarbeit und Vergangenheitsbewältigung«, weil sie für Israel von Nutzen sei.

Von der Golfkriegs- zur Antisemitismus-Debatte

Frisch durch die Umbrüche in Europa verunsichert und mitten in historisch-ideologischen Paradigmenwechseln steckend, wird die radikale Linke 1990/91 durch die unmittelbare Aufeinanderfolge von »Wiedervereinigung« und Golfkrieg nochmals durcheinander gerüttelt. Deswegen hat die Überfrachtung der deutschen Golfkriegs-Debatte mit historischen Bildern und das gerade in Deutschland praktizierte Heranziehen von Parallelen etwa zum Zweiten Weltkrieg auch notwendig heftige Auswirkungen auf die Linke.

Auch im bürgerlichen Feuilleton tobt die Debatte. Der ehemals linke Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger vergleicht Anfang Februar 1991 in einem Essay im SPIEGEL Saddam Hussein mit Adolf Hitler und die irakischen Massen (die sich in »Todessehnsucht« für ihren »Führer« opfern wollten) mit den deutschen. Der anderthalb Jahrzehnte zuvor aus der DDR ausgebürgerte Liedermacher Wolf Biermann wirft in derselben Woche in der Wochenzeitung *Die Zeit* (unter dem Titel: »Damit wir uns richtig mißverstehen: Ich bin für diesen Krieg am Golf«) die rhetorische Frage auf: »Soll man einen Hitler machen lassen?« 1941 seien in den USA »die amerikanischen Nazis und die KP der USA« gegen den Krieg gewesen, und ein ähnliches Bündnis gebe es »auch heute«. Dabei sei offenkundig: »Was Hitler seine Leute in jahrelanger blutiger Handarbeit üben ließ: die Ausrottung des jüdischen Volkes, das wird Saddam Hussein jetzt auf einen Streich mit einem Knopfdruck versuchen.« An Goebbels' »Wollt ihr den totalen Krieg«-Rede im Berliner Sportpalast erinnert Biermann, um unmittelbar anzuschließen: »Wer mich aber heute fragt: ›Willst du den totalen Frieden?‹ – Dem sage ich: ›Nein Danke.«

Ein Teil der radikalen Linken ihrerseits wird von diesem Drang, die Kriegereignisse am Golf im Lichte des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs zu interpretieren, erfasst. Dabei mischen sich mehrere Motivationen, die teils strategisch und teils emotional motiviert sind. Da ist zum einen der unbedingte Wunsch, nicht das Muster der alten Friedensbewegung zu wiederholen und vor allem die USA (sowie allenfalls die BRD als ihre Helfershelferin) anzuklagen, sondern die Kritik deutlich auf die deutsche Politik allein zuzuspitzen. Zum anderen ist es die Empörung über die Anlagen zur Produktion von Giftgas (wie Tabun und Sarin) produzierenden und exportierenden deutschen Firmen und über die bundesdeutsche Beihilfe bei der C-Waffen-Aufrüstung des Irak, wobei eine Verbindung zur Erinnerung an Zyklon B liefernde deutsche Firmen hergestellt wird. Dabei wird jedoch die Ausrüstungshilfe etwa der USA in denselben Sektoren völlig unter den Tisch gekehrt, wie auch die Tatsache unterschlagen, dass die Waffenhilfe der BRD für den Irak während der 80er Jahre nicht deswegen erfolgte, damit dieser Israel angreife, sondern im Rahmen seines Krieges mit dem Iran. Aus dem Kontext ergab sich die Möglichkeit, die deutsche Rüstungsexportpolitik direkt mit der Geschichte des NS-Regimes, die Kritik an den Versäumnissen der Linken während der »alten« Friedensbewegung der

80er Jahre mit den bisherigen theoretischen Unzulänglichkeiten bezüglich des antisemitischen Elements am Nationalsozialismus zu verkoppeln.

Wirklich hat die Linke diesen Aspekt lange Zeit nur sehr unterbelichtet wahrgenommen, um stattdessen den NS-Staat als mehr oder weniger »normalen« Imperialismus – der Eroberungskriege durchführt und seine Gegner repressiv niederhält – wahrzunehmen. Die massenhafte Zustimmung zu einem antisemitischen Diskurs in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und die in ihm implizierten Vernichtungsabsichten wurden größtenteils vernachlässigt. Nunmehr nimmt vor allem derjenige Teil der Linken, der Aspekte der deutschen Geschichte im Kontext der Irakkrise wiederkehren sieht, die Reaktionen anderer linker Kreise – vor allem der eher »traditionellen« Antiimperialisten – zum Anlass, um ihnen solche Versäumnisse vorzuwerfen. Die Polemik über den »linken Antisemitismus« flammt auf. Letzterer bildet für manche Protagonistinnen die Erklärung dafür, warum andere Linke den Drohungen Saddam Husseins gegenüber Israel indifferent gegenüber stünden – ja, er wird von einigen unter ihnen für die Hauptursache der linken Gegnerschaft zum Krieg im Irak überhaupt gehalten oder nachträglich dazu erklärt.

Tatsächlich bildete der Antisemitismus in bedeutenden Teilen der deutschen Linken damals tendenziell einen blinden Fleck, jedenfalls sofern es nicht um den antisemitischen Charakter der Nazis geht. Dass linke und antisemitische Ideen irgendetwas miteinander zu tun haben könnten, wurde jedenfalls von vielen ihrer Anhängerinnen kategorisch ausgeschlossen: »Mit Antisemitismus können wir nichts zu tun haben, sonst wären wir Rechte oder Rechtsextreme«. Das übersieht einen ganz wesentlichen Punkt, nämlich dass die historische Linke durchaus, durch verschiedene geschichtliche Perioden hindurch, zumindest eine offene Flanke zum Antisemitismus hatte. Das hängt mit dessen Natur zusammen: Anders als etwa der gegen eingewanderte Arbeiter gerichtete Rassismus, der ziemlich problemlos als reaktionär zu erkennen ist, tritt der Antisemitismus (als Unterfütterung von Weltverschwörungstheorien, die eine vermeintlich verborgene, im Geheimen wirkende Herrschaft entlarven wollen) oftmals in der Gestalt einer – subjektiv sich so verstehenden – Rebellion gegen die Macht und das Geld zu Tage. Der französische Frühsozialist Pierre-Joseph Proudhon beispielsweise war eindeutig Antisemit.

Das Aufflammen der Debatte um den »linken Antisemitismus« von 1991

rührte also an einen tatsächlichen wunden Punkt. Doch zugleich waren die Bedingungen, um zu einer Klärung im positiven Sinne – im Sinne einer schärferen Trennung zwischen linken, und potenziell antisemitischen Ideen oder Affekten – zu kommen, dabei ausgesprochen ungünstig. Denn anstelle einer fundamentalen Debatte über ideologische Grundlagen, Natur und Bedeutung des Antisemitismus, diente die Polemik vor allem der hektischen Abgrenzung unter dem Druck der (Kriegs-)Ereignisse. Begriffe wurden nicht geklärt, Trennungsstriche eilig gezogen, die während der kommenden 15 Jahren erhebliche Nachwirkungen zeitigen sollten. Vor allem aber wurden dabei mehrere unterschiedliche Debatten zu einem Knäuel verwickelt.

Zum einen stand die Frage nach dem Stellenwert des Antisemitismus im Raum, nach der Massenzustimmung zum Nationalsozialismus, und den daraus folgenden Konsequenzen für die politische Linke. Die »anti-nationale« oder »antideutsche« Fragestellung lässt sich dabei so auffassen: Stellt die »Volksgemeinschaft« eine illusorische Parole oder eine (partielle) gesellschaftlich hergestellte Realität dar? Daran schließt sich die Feststellung einer – totalen oder nicht totalen – ideologischen Kontinuität der Gesellschaft seit dem NS an.

Zum anderen war eine bestimmte Art des Antiimperialismus in einer Sackgasse gelandet: In seiner plattesten, an einem binären Widerspruch »Nord/Süd gleich Unterdrücker/Unterdrückter« ausgerichteten Variante war er zwar schon ab 1979, infolge der kurz aufeinander folgenden Erfahrungen mit den – von manchen kurzsichtigen linken Antiimperialisten zunächst begrüßten – Regime von Pol Pot und Khomenei, in die Krise geraten. Doch der Applaus der dümmsten oder dogmatischsten unter den deutschen »Antiimps« (und anderer westlicher Pendanten) für Saddam Hussein als »Herausforderer der USA« ließ erkennen, dass es noch Restbestände der manichäischen Ideologie gab. Zugleich deutete sich bereits 1991 an, dass ein (zunächst kleiner) Teil der bisherigen radikalen Linken dabei war, bis dahin geteilte Erkenntnisse über Imperialismus, internationale Arbeitsteilung und »Nord-Süd-Konflikt« völlig über Bord zu werfen. Die politische Unmöglichkeit, das irakische Regime als solches gegen »den Westen« zu unterstützen, sollte von einigen zum Anlass genommen werden, definitiv das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Und drittens gab es die Problematik der Position zum israelisch-palästin-

sischen Konflikt. In diesem Zusammenhang hatte etwa der KB, aus dem viele der »Antinationalen« hervor gingen, sich bereits 1988/89 eindeutig von den »maximalistischen« Positionen der Palästinaunterstützer aus dem Antiimp-Spektrum, die Israel schlechthin als »illegitimen« Staat und Gesellschaft, als »künstliches Gebilde und imperialistischen Brückenkopf im arabischen Raum« betrachteten, abgegrenzt. Davon zeugt eine wichtige Buchveröffentlichung des KB von 1988 unter dem Titel *Ein unvermeidlicher Streit. Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina*. Darin werden vor allem die Positionen autonomer und antiimp-orientierter Palästina-Solidaritätsgruppen kritisiert. Der Ausstieg des KB aus dem »Aktionsbündnis Palästina 1988« und aus der Vorbereitung einer Demonstration – der den seit längerem schwelenden Streit zum Ausbruch gebracht hatte – wird u.a. damit begründet, »daß im Aktionsbündnis das Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes von Israel entweder glatt bestritten wird, oder aber daß man der Meinung ist, man bräuchte sich über diesen Punkt keine Gedanken zu machen.« Ferner heißt es:

Die Palästinenser können ihre nationale und soziale Befreiung letzten Endes nicht gegen das jüdische Volk von Israel, sondern nur gemeinsam mit ihm erreichen. ... Aus unserer Sicht kann die hauptsächliche Alternative, nämlich Vertrauen auf das Bündnis mit angeblich »antiimperialistischen« Regimes wie denen Syriens und Libyens oder gar des Iran, nur zu negativen Ergebnissen führen.

Kritik an den in Kategorien vermeintlich homogener und heroischer, »kämpfender Völker« denkenden Antiimp-Volkstumsromantikern hatte es also schon vor dem »Umbruch« von 1989 bis 1991 innerhalb der radikalen Linken gegeben. Aber auch an diesem Punkt schickten sich nunmehr manche Strömungen an, das Kind mit dem Bade auszuschütten und jede Thematisierung real existierender Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung zu tabuisieren. Die »Initiative für ein sozialistisches Forum« (ISF) in Freiburg etwa zählte auch bereits in den 80er Jahren zu den Kritikerinnen der Antiimp-Palästinasolidarität und ihrer großen Vereinfachungen. Eine Erklärung der ISF vom März 1988, die auch in dem Buch *Ein notwendiger Streit* zitiert ist, fängt folgendermaßen an: »Die Solidarität mit dem Aufstand der Palästinenser gegen die Militärdiktatur in den von Israel be-

setzten Gebieten« – damals, 1988, verwaltete der Staat Israel diese noch direkt – »sowie die Solidarität mit dem Protest der Israelis palästinensischer Herkunft gegen ihre Diskriminierung sind eine Notwendigkeit des linken Internationalismus. Allerdings treibt sie unter deutschen Linken merkwürdige Blüten...«. Es folgt eine Kritik der »antisemitischen Gefühle und Absichten«, die »unter der Parole des Antizionismus« verbreitet würden, und das »weniger um der Palästinenser willen« denn aufgrund eigener ideologischer Bedürfnisse. Heute aber würden die zitierten Sätze durch den ISF-Chefdenker Joachim Bruhn zweifellos als »antisemitisch« denunziert, postuliert er doch im Jahre 2003: »Jede Kritik am Staat Israel ist antisemitisch«. Der Verdacht ist begründet, dass nicht der Lauf der Realität in der Welt solche Positionsverschiebungen im Zeitraum von 15 Jahren erklärt – sondern die Eigendynamik in hermetisch abgeschlossenen Bahnen sich entwickelnder, sektenartiger Zirkel.

Auch die ehemalige KB-Minderheit und nunmehrige »Gruppe K« wurde damals, 1991, durch diese Polemik heftig getroffen. Während des Golfkriegs waren unterschiedliche Sensibilitäten in ihren Reihen anzutreffen. So betonte Matthias Küntzel, es sei die Kriegspolitik der USA, die zur kriegerischen Zuspitzung am Golf geführt habe und die deswegen nicht aus der zentralen Kritik ausgenommen werden könne. Zugleich übte Küntzel in mehreren AK-Artikeln scharfe Kritik an deutschen Ambitionen, am Kriegsgeschehen teilzuhaben und die bisher vorhandenen Schwellen für weltweite Einsätze der Bundeswehr zu überwinden. Zur deutschen Debatte darüber, ob nicht ein vermehrtes militärisches Engagement zugunsten Israels erforderlich oder legitim sei, schrieb er im Februar 1991 im AK unter anderem:

Es verbietet sich von selbst, die besondere deutsche Verantwortung gegenüber der jüdischen Bevölkerung zugunsten der Antikriegs-Agitation zynisch abzustreiten ... Andererseits ist es nicht minder notwendig, jegliche Instrumentalisierung dieser Verantwortung zugunsten der verbrecherischen Bombardierung des Irak zurückzuweisen.

Den Vergleich zwischen NS-Deutschland und dem Irak wies er in diesem Kontext weit von sich:

Die Absurdität des Vergleichs ergibt sich u.a. aus der Tatsache, daß Hitler kein Entwicklungsland, sondern eine imperialistische Kernmacht mit entsprechender ökonomischer Potenz und der Fähigkeit zum Weltkrieg angeführt hatte. Seine nicht unwillkommene Nebenwirkung liegt in der geschichtsrevisionistischen Relativierung des deutschen Faschismus ... Man will, wenn Deutschland in den Krieg zieht, eben nicht beiseite stehen, sondern mitmischen. Was 1914 gegen die »russische Despotie« in Gang gebracht wurde, hat heute seinen »Hitler Hussein« gefunden.

Dagegen sprach sich, am anderen Ende der kleinen Gruppierung, der vor allem als *konkret*-Autor bekannt gewordene Detlef zum Winkel für eine andere Position aus. Nachdem Detlef zum Winkel während der Monate der Kriegsvorbereitung in mehreren Ausgaben der *konkret* den Aufmarsch am Golf als neue und bekämpfenswerte Etappe imperialistischer Politik dargestellt hatte, legte er nach Kriegsausbruch und in den Wochen kurz nach dem Golfkrieg den Schwerpunkt auf die irakischen Raketen- und C-Waffen-Drohungen gegen Israel und die deutsche Beteiligung an der vormaligen Aufrüstung des Irak. Während der Kriegswochen hielt er sich in gewisser Weise hart am Rande einer Befürworterposition hinsichtlich der Angriffe auf den Irak, ohne diese jedoch eindeutig zu affirmieren – in gewissem Sinne kokettierte er damit, auch um kritikwürdige Reaktionen (Unsensibilität gegenüber der bedrohten jüdischen Bevölkerung oder Verharmlosung des Saddam-Regimes) mit vermeintlich angemessener Schärfe kritisieren zu können. Etwas später distanzierte er sich erneut von Kriegsbefürwortung, so in der gemeinsam mit Oliver Tolmein im Sommer 1991 verfassten Golfkriegs-Nachlese *Herr P. und die Bombe. Der Krieg der Polemiker*. Auf einer Mittelposition zwischen beiden stand im Golfkriegs-Streit Jürgen Elsäßer: Er gab sich zwar zu jedem Zeitpunkt deutlich als Kriegsgegner zu erkennen, forderte aber daneben auch eine strategische Orientierung der eigenen Kritik, die wesentlich stärker auf die BRD (sowohl wegen der Ambitionen zur Ausweitung des Einsatzradius der Bundeswehr als auch wegen der ABC-Waffenhilfe für den Irak) abziele. Matthias Küntzels Kritik war nach seinem Dafürhalten noch zu stark auf die USA fokussiert.

Im Frühsommer 1991 kam es auch innerhalb der ehemaligen »anti-nationalen« KB-Minderheit zum Bruch, wie bereits zwei bis drei Monate zuvor

in der Radikalen Linken (RL), welche seit dem Ende des Golfkriegs faktisch aufgehört hatte zu existieren. Matthias Küntzel richtete bei einer Diskusstagung im Mai oder Juni 1991 die Frage an Detlef zum Winkel, der im Zusammenhang mit der Golfkriegs-Nachbetrachtung vor antisemitischer Ideologie bei arabischen Regimes warnte: »Wieviele arabische Länder willst Du denn [mit dieser Begründung] noch bombardieren?« Darauf antwortete der Angesprochene: »Das ist dann wohl der Schnitt.«

Im Oktober 1995 gab dann auch die »Gruppe K« ihre Auflösung bekannt, d.h. ihre Aufsplitterung in eine Berliner Kerngruppe, welche die ehemals gemeinsame Gruppenzeitschrift *Bahamas* fortführen wollte, und mindestens zwei Hamburger Personenzusammenhänge. In der Auflösungserklärung heißt es unter anderem, »daß derzeit eine andere kommunistische Politik als die der inhaltlichen Intervention nicht möglich und sinnvoll ist«, also die Möglichkeit gesellschaftlicher Praxis nicht bestehe. Eine der zurückbleibenden Hamburger Personengruppen, aus der später die mit mehreren Veröffentlichungen zu internationalen Themen (u.a. »Postfordistische Guerilla«) hervor getretene »Gruppe Demontage« entstehen sollte, kritisierte in einem Papier u.a.: »Unsere Kritik des Völkischen legt eine Auseinandersetzung mit Migrantinnengruppen und Frauengruppen nahe«, die aber kaum geleistet worden sei; auch bleibe »die Betrachtung völkischer Ideologiebildung ungenügend, solange nicht ihre Differenzierung nach Klassenlinien und Widersprüchen untersucht wird«. Als Frage wird aufgeworfen: »Was können wir als Metropolenlinke zu einem internationalen Internationalismus beitragen?« Die Gruppe wandte sich eher der Zusammenarbeit mit dem linksradikalen, autonomen oder kritisch-internationalistischen Spektrum zu. Über die »nun die *Bahamas* dominierende Fraktion« hieß es schon damals, ihre »von Praxis entkoppelte Theorie ..., gepaart mit propagandistischen Ausflügen in die Antipolitik, wird zur Klärung nichts beitragen, sondern Totalitarismustheorie und Rassismus in der Linken salonfähig machen«.

Die Berliner Restgruppe, die nunmehr allein die Zeitschrift *Bahamas* übernehmen und zu dem machen würde, was sie heutzutage ist, interessierte sich für solche Fragestellungen überwiegend nicht. Ihr schwebte die Entwicklung einer vermeintlich reinen und fehlerfreien Theorie für eine Art antideutscher Elite vor, die vielleicht über Zeiten, in denen man ohnehin keinerlei sinnvolle gesellschaftliche Praxis entwickeln könne, hinweg über-

wintern würde. In den Jahren 1996 bis 99 kam es zeitweilig zu einer Öffnung der Zeitschrift zu theorieinteressierten, weit weniger verbissenen linken Einzelpersonen, die aber im Zuge der späteren Entwicklung fast ausnahmslos wieder abgestoßen wurden. Der »harte Kern« der Gruppierung sollte allerdings, über sukzessive ideologische Wandlungen und Brüche, im Laufe der folgenden Jahre zunehmend nach rechts wandern.

Eine dramatische Rechtsverschiebung

Die Ideologie der »Antideutschen« von 2004 ist tatsächlich nicht identisch mit jener der frühen Generationen von »Antinationalen« oder »Antideutschen« während der 90er Jahre. Einige der Protagonisten sind dieselben, aber ihre Positionen haben sich oft deutlich verschoben.

Konnten die »Antideutschen« sich bis Ende der 90er Jahre noch als besonders radikale Antifaschisten und Deutschlandkritiker gerieren, auch wenn einige Prognosen sich ab 1995 zunehmend als falsch herauszustellen begannen, so wurden die Grundlagen dafür gegen Ende des Jahrzehnts immer dünner. Da war die staatsoffizielle Diskussion um ein NPD-Verbot, begleitet vom kurzzeitig proklamierten »Aufstand der Anständigen«. Da war aber auch der Beginn einer Wahrnehmung und Berücksichtigung längerfristiger gesellschaftlicher Stabilitätsimperative – Stichworte: Sicherung der Renten, Neuzusammensetzung des Arbeitskräfte-Reservoirs, zeitweiser Mangel an bestimmten Qualifikationen wie bsw. Computerfachleuten oder Pflegekräften – im öffentlichen Diskurs. Das führte zu einer Zurückdrängung des offenen, militanten Rassismus hin zu einer eher technokratisch-utilitaristischen »Ausländerpolitik«, die Einwanderungswillige in ökonomisch Nützliche und Unnütze sortieren will und mit »Green Cards«, »Blue Cards«, deutschen Sprach- und Anpassungskursen statt mit dem Brandsatz operiert. Eine solche Rationalisierung der Einwanderungsdebatte war zwar immer wieder von der Eruption anderer Stimmungen unterbrochen, man erinnere sich an die »Kinder statt Inder«-Kampagne des CDU-Kandidaten auf das Ministerpräsidentenamt im Bundesland NRW, Jürgen Rüttgers, die im Jahr 2000 auf die »Green Card«-Debatte antwortete. Dennoch ähnelt die Landschaft hinsichtlich dieser Fragen zu Beginn dieses Jahrzehnts nicht mehr jenem aufgewühlten, von entfesseltem Hass geprägtem Panorama, das sich dem Betrachter während der »Asyldebatte« 1991/93 bot.

In diesem Kontext wurde die schrille Rhetorik mancher antideutschen Ele-

mente – eher der aktivistischen Fraktion denn der »Freunde der reinen Theorie« – als Beschreibung der deutschen Zustände zunehmend ungläubwüridig. Deswegen konnte sich einerseits die von realen gesellschaftlichen Entwicklungen abgekoppelte, teilweise selbstreferentielle Ideologiekritik bzw. -produktion betreibende Gruppierung rund um die *Bahamas*-Fraktion gegenüber den alarmistisch-aktivistischen Restströmungen durchsetzen. Andererseits wuchs die Aufnahmefähigkeit für Projektionen und »Verschiebungen« des Gegenstands (so genannter) antideutscher Kritik: Wenn die Verhältnisse im Lande nicht ganz so aussahen, wie es der eigenen Rhetorik entsprach, dann musste das Objekt der eigenen Theorien und – imaginären – Kämpfe eben woanders verortet werden.

Das reale Deutschland erschien im »antideutschen« Diskurs nunmehr nicht mehr als Sitz der zu kritisierenden Verhältnisse, sondern als Komplize eines sich woanders austobenden Übels: Der Nationalsozialismus sitzt in Bagdad, in Ramallah oder in Kairo und hat seine Komplizen – laut *Bahamas* – in ganz Europa, in der UNO, in der Antiglobalisierungsbewegung oder beispielsweise auch im »links regierten, globalisierungskritischen Chile« (Erklärung vom 27. 09. 2003, Abschnitt *Bin Laden rächt Allende*). Kurz: überall, wo man sich nicht der eigenen Lesart vom »globalen Hauptfeind« anschließen will.

Verlagerung des Gegenstands der Kritik in den Nahen Osten

Ihre Weltsicht untermauert die Gruppierung um *Bahamas* mit einem vorgeblichen konsequenten Kampf gegen den Antisemitismus, der allerdings längst zur allumfassenden Chiffre für alle möglichen – tatsächlichen und eingebildeten – Weltübel geworden ist. Seit der Golfkriegs-Polemik von 1991 wirkte die Antisemitismus-Kritik in der nunmehr vielfach zersplitterten radikalen Linken nach. Die Fraktion um die *Bahamas* versucht, sie durch einen offensiv-aggressiven Diskurs für sich zu usurpieren. Folgt man ihrem Diskurs, dann stand und steht sie mit einer Heerschar linker Antisemiten im verzweiferten Kampf, was auch ihre marginalisierte Rolle als Partei der schonungslosen Kritik erklärt.

Hört man bisweilen genauer hin, dann nehmen sich die Dinge allerdings ganz anders aus. So erklärte ihr Chefideologe Justus Wertmüller auf dem, durch die *konkret*-Redaktion veranstalteten, Sommergelage in Hannover

Ende Juni/Anfang Juli 2000 auf einem Podium wörtlich: »Wir leben doch, was die Debatte über den Antisemitismus in der Linken betrifft ... da leben wir doch danach. Diese Debatten sind gelaufen. ... Der letzte knüppelharte linke Antisemit ist seines Redakteurspostens enthoben worden: der Pirker.« Damit war der ehemalige Redakteur der Tageszeitung *junge Welt* Werner Pirker gemeint, der tatsächlich oftmals bedenkliche Positionen zum »heldenhaften palästinensischen Volk« usw. vertreten hatte. Wertmüller weiter: »Das hat Gründe: Eine lange Debatte; Kritiken, die geleistet wurden, und schon in den späten 80er Jahren ... Und ich behaupte: Es gibt den klassischen linken Antisemitismus in Form des Antizionismus und verwandter Erscheinungen so nicht.«

Diese Worte muss man im Hinterkopf behalten, wenn man die Argumentationen der *Bahamas* in Auseinandersetzungen mit linken Strömungen hört oder liest. Denn sonst wäre man versucht zu glauben, vor und außerhalb der *Bahamas* habe es nie auch nur Ansätze ernsthafter Kritik antisemitischer Denkformen gegeben, und in allen (anderen) Teilen der Linken wimmele es vor unbelehrbarsten Antisemiten. Das Zitat, das in einer Runde fiel, wo Wertmüller sich damals wohl unter Seinesgleichen wähnte, umreißt aber klar die Absicht des Antisemitismus-Diskurses dieser Sekte. Es geht um Distinktion von anderen Gruppen, um die Selbstdarstellung als »moralisch höherwertige« Gruppierung, um Rekrutierungspolitik und um ein Sekten-Aufbauprogramm. Ähnlich, wie die diversen »marxistisch-leninistischen« Sektenparteien in den frühen 70er Jahre ihre Aufbaupolitik verfolgten.

Daneben geht es *Bahamas* aber längst auch um einen Bruch mit der Linken schlechthin. Diese hat in jüngerer Zeit unmissverständlich klar gestellt, wieweit man sich von den ursprünglichen Absichten der Begründer der »antinationalen« oder »antideutschen« Linken auch subjektiv entfernt hat. Anlässlich einer »bundesweiten Demonstration« in Hamburg, zu der die Redaktion zusammen mit 30 weiteren Grüppchen für den 24. April 2004 aufrief und zu der zwischen 100 und 150 Leute kamen, äußerte *Bahamas*-Gründungsmitglied Clemens Nachtmann in einer Rede unter anderem:

Die heutige Demonstration, auf der wir unsere Parteinahme für Israel unter anderem kurz und bündig durch das Zeigen der Israel-Fahne bekunden, ist keine linke, sondern eine antideut-

sche ... Die Demonstration richtet sich daher auch gegen jenen antideutschen Linksradikalismus, wie er nicht zufällig Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre in Hamburg rund um die heutzutage völlig heruntergewirtschaftete *konkret* und die sogenannte »Radikale Linke« seinen Ausgangspunkt nahm ... An diesem antideutschen Linksradikalismus war nicht falsch, daß er anti-deutsch, sondern daß er linksradikal war und dadurch die Kritik dessen, was mit recht deutsch genannt werden kann, auf einen ordinären Antiimperialismus gegen Deutschland, auf selbstanklägerisches Bekenntertum herunterwirtschaftete. In der moralischen Emphase, mit der fortwährend auf der »Singularität« von Auschwitz insistiert wurde; im Polit-Kitsch, der um den Tod, der ein Meister aus Deutschland sei.

– diese abwertende Passage gilt der *Todesfuge* von Paul Celan, die 1990/91 verschiedentlich bei Demonstrationen zitiert wurde –

veranstaltet wurde; in der Zirkularität, mit der immer neue und immer langweiligere Studien über den europäischen Antisemitismus auf den Markt geworfen wurden, war immer schon Verweigerung gegen die Erkenntnis beschlossen, daß der Nationalsozialismus keine bloß innergesellschaftliche, auf Deutschland bezogene, sondern eine internationale Bewegung war ... über Hitler und die Nazis sollte besser den Mund halten, wer vom Mufti von Jerusalem und den Moslembroedern, den Islamnazis, nicht reden mag.

Was im Sinne der *Bahamas* deutsch sei, das ist

keine positiv bestimmbare, ausschließlich in Deutschland anzutreffende Eigenschaft, sondern eine verallgemeinerbare polit-ökonomische Konstellation und deshalb umfaßt »antideutsch« heute notwendig und selbstverständlich auch die Gegnerschaft zu *old europe* und zum militanten Islam, weltweit und vor der eigenen Haustür.

Darin ist schon vieles enthalten: Die Absage an die Absicht, überhaupt noch links sein zu wollen, wie der erklärte Abschied von einer tatsächlich auf die

Verhältnisse in Deutschland zentrierten und deswegen »antideutschen« Kritik. Stattdessen firmiert der Begriff als Chiffre für eine weltweit übertragbare diffuse Gefahr, die vor allem von jenem arabischen Raum ausgeht, den man in der Golfkriegs-Debatte 1991 als räumliche Verlängerung des »Vierten Reiches« zu erkennen »gelernt« hat. Der jetzige Bahamas-Bündnispartner und gelegentliche -autor Matthias Küntzel brachte diese Vorstellung anlässlich des Berliner Kongresses der *Jungle World*-Redaktion zum ersten Jahrestag der Attentate vom 11. September 2001 mit folgenden Worten auf den Punkt: »1945 kündigte sich eine Verschiebung des antisemitischen Zentrums von Deutschland in die arabische Welt an.« Wie ein Weltgeist, der wandert, unabhängig von allen gesellschaftlichen Voraussetzungen und Strukturen. Denn selbstredend ist, aus Sicht der Bahamas wie des seit 2001 sich wieder an sie annähernden Küntzel, kein Unterschied zu machen zwischen dem Antisemitismus in Deutschland, vor und während des NS, und dem von ihnen dargestellten »arabischen Antisemitismus«.

Tatsächlich gibt es antijüdischen Chauvinismus im arabischen Raum, dort zirkulieren auch Verschwörungstheorien, die Elemente des modernen europäischen Antisemitismus übernommen haben. Aber ist das wirklich dasselbe wie der NS-Antisemitismus? In Wirklichkeit handelte es sich bei der Vorstellung jedes Deutschen, vor oder nach 1933, er werde angeblich von Juden unterdrückt, um eine reine ideologische Halluzination: Unterdrückt wurde er vielleicht vom autoritären Vater, vom deutschnationalen Lehrer mit seinem Rohrstock, vom brüllenden Offizier im Schützengraben oder vom Fabrikherren; alles andere war Projektion. Anders sieht das jedoch für einen Palästinenser oder einen Libanesen aus, der sehr reale unangenehme Erfahrungen mit sich selbst als »jüdisch« definierenden Uniformträgern oder Siedlern gemacht haben kann. Das rechtfertigt sicherlich nicht alle Elemente eines national und religiös definierten Konfliktchauvinismus – aber es verbietet jegliche Gleichsetzung mit dem NS-Antisemitismus. Nicht umsonst hat der *ça ira*-Autor Ulrich Enderwitz im November 2001 diese Vorstellung seiner Verleger von der antideutschen ISF treffend kritisiert: »Politisch-ökonomisch oder nationalgeschichtlich bedingt kann die [behauptete] Übereinstimmung angesichts der historischen Kluft zwischen Deutschland und der arabischen Welt ja wohl nicht sein.« Aber was scheren materialistische Analyse Kriterien den (»anti«-)deutschen Ideologen...

Der elfte September als Katalysator

Bedeutende historische Ereignisse wirken bei solchen Entwicklungen stets nur als Katalysatoren, bilden aber nicht oder nur sehr selten die tatsächliche Ursache für historische Positionsverschiebungen. Eine solche Katalysatorenfunktion übernahm im Weltbild der »späten antideutschen Bewegung«, die es von jener der Jahre 1991–1995 zu unterscheiden gilt, der 11. September 2001.

An diesem Tag manifestierte sich auf besonders dramatische Art und Weise eine – jedenfalls von ihrem subjektiven Verständnis her – radikale und kompromisslose, aber bestimmt nicht emanzipatorischen Maßstäben entsprechende Opposition gegen die westliche Führungsmacht USA und ihre Verbündeten, in Form einer besonders extremen (und transnationalen) Spielart des radikalen Islamismus. Deren Agieren hat mit Sicherheit nichts mit linker oder sonstiger, am historischen Fortschritt der Menschheit ausgerichteter Imperialismuskritik zu tun: Anstatt die von den Anhängern dieser Ideologie nicht erkannte, reale Dominanz der westlichen Großmächte – die auf der Ebene der ökonomischen Strukturen tatsächlich besteht – zu attackieren und sich über ihre Aufhebung Gedanken zu machen, bekämpfen die Islamisten bestimmte sichtbare Auswirkungen der gesellschaftlichen Modernisierung, die aufgrund der voraus gegangenen Kolonialperiode pauschalisierend als »Verwestlichung« begriffen wird. In einem von Verschwörungstheorien unterwobenen Weltbild erscheinen so die Emanzipation von Frauen und Jugendlichen, die Äußerung von Kritik an religiösen Glaubenssätzen oder ihre abnehmende Bindungswirkung im sozialen Alltag, der Zerfall überkommener Familienstrukturen und die Massenarmut gleichermaßen als Produkte einer globalen, umfassenden Attacke in einem »kulturellen Krieg gegen die Länder des Islam«. Das daraus erwachsende Projekt ist den Vorstellungen individueller und kollektiver Emanzipation zweifellos entgegengesetzt. Und um das unverstandene Einwirken des modernen, globalisierten Kapitalismus auf die – vermeintlich aus einer »goldenen Phase« des noch nicht verunreinigten Islam herausgerissenen – Gesellschaften zu erklären, greifen die Anhänger oftmals auf Komplottheorien zurück, die den in der europäischen Geschichte erfolgreichen antijüdischen oder antisemitischen Verschwörungsdiskursen strukturell ähneln und auch aus ihnen schöpfen.

Deswegen, und nicht nur aufgrund der Form ihres Agierens am 11. September 2001 – die aufgrund der rücksichtslosen »Opferung« von 3.000 Zivilistinnen selbstverständlich ebenfalls zu verurteilen ist – können islamistische Militante wie die Attentäter bestimmt nicht Verbündete der kapitalismus- und imperialismuskritischen Linken in einem »gemeinsamen Kampf gegen den US-Imperialismus« o.ä. sein. Diese Vorstellung dürften Linke überall auf der Welt, sofern sie noch bei Trost waren, in der allermeisten Fällen auch weit von sich gewiesen haben; absehen kann man dabei von skurrilen Grüppchen wie der Antiimperialistischen Koordination (AIK) in Wien, die eher eine Karikatur ihrer selbst darstellen denn reale Bedeutung aufweisen. Es stimmt, dass die Kritik am Denken und Handeln der Islamisten dagegen oftmals nicht hinreichend explizit geäußert oder thematisiert worden ist. Das hat aber auch vor allem damit zu tun, dass man an den meisten Orten der Welt nicht über ein (an)greifbares Gegenüber seitens der Islamisten verfügt, an das man beispielsweise Forderungen richten könnte – denn tatsächlich standen sich am und nach dem 11. 09. 2001 keineswegs zwei annähernd miteinander vergleichbare Kontrahenten gegenüber; vielmehr waren die Attentate das Resultat eines Privatkriegs bewaffneter Splittergruppen (mit mutmaßlichen Sponsoren aus der saudi-arabischen Elite) gegen die USA. Die Feststellung, dass zwischen linker Kritik und der durch die Islamisten gepflegten Form von »Antiimperialismus« eine prinzipielle Unüberbrückbarkeit besteht, bleibt zweifelsohne richtig. Wobei dabei freilich der Begriff des »Antiimperialismus« allein schon in die Irre führen dürfte, da radikale Islamisten nicht über ein Konzept von Imperialismus verfügen, sondern sich im Kampf entweder gegen »Gottlose im atheistischen Westen« oder gegen »Christen und Juden, die dem Islam keinen Platz gewähren wollen« wähen.

In der Vergangenheit, wie beispielsweise während des Afghanistankriegs (1979–89), hatte es eine intensive Kooperation zwischen westlichen Mächten und Islamisten gegeben. Dass letztere nun als »unversöhnliche« Gegner der Führungsmacht USA auftraten, bot manchen bisherigen Linken den Anlass, um einen historischen Bruch zu inszenieren. Je größer das Bedürfnis nach Distanzierung von früher selbst eingenommenen Positionen ist, desto dramatischer wurde die Neuartigkeit der Epoche, die sich mit dem *Nine Eleven* eröffnet habe, beschworen. So beispielsweise von Matthias Küntzel, der am 11. September 2001 die Hände Adolf Hitlers im Spiel

erblickte: »Nicht zufällig«, so begann sein Beitrag in *konkret* 11/2001, habe bereits Hitler – nach Überlieferungen des nationalsozialistischen Ministers Alfred Speer – von einem Feuersturm zur Vernichtung des vorgeblich jüdisch beherrschten New York geträumt. Wenige Absätze später wird bereits, fraglos, der »eliminatorische Hass gegen das jüdische New York« als alleiniges Motiv der Attentäter vorausgesetzt. In Wirklichkeit zielten die Anschläge aber auf eine Reihe von Symbolen der Großmacht USA ab, wie das World Trade Center und das ebenfalls getroffene Pentagon; nicht alle Ziele wurden erreicht. Dass der Tod mehrerer tausend Zivilisten durch die Attentäter bedenkenlos in Kauf genommen wurde, trifft ebenso zu, wie wahrscheinlich ist, dass in ihren Köpfen den Juden – neben Atheisten und anderen, »mit dem Teufel verbündeten« Kräften – eine besondere Einflussnahme auf die US-Politik zugeschrieben wurde.

Küntzel streicht den, ihm zufolge, historisch einmaligen Charakter der Attentate folgendermaßen heraus: »Hunderte in den eigenen Selbstmord hineinzureißen, damit Tausende an ihren Arbeitsplätzen verbrennen – das ist beispiellos.« Nun leben wir leider in einer Welt, in der das Verbrennen Tausender von Menschen an ihren Arbeitsplätzen keineswegs »beispiellos« ist – vielmehr geschah und geschieht dies in zahllosen Kriegen, bei denen die Kampfhandlungen Bombardierungen einschließen. Der Unterschied besteht darin, dass normalerweise versucht wird, den Piloten selbst höhere Überlebenschancen zu wahren als im Falle der Selbstmordattentäter. Doch im Sinne Matthias Küntzels und anderer sollte der 11. September als ein Neubeginn des Holocaust erscheinen. So schreibt Tjark Kunstreich in der Ausgabe 37 der *Bahamas*: »Es stimmt: Die heutigen Islamisten sind noch nicht so weit. Am 11. September 2001 wurden ›erst‹ knapp ein Promille – vielleicht weniger – der von den Nazis ermordeten Juden umgebracht...« Dabei soll das Wörtchen »erst« selbstverständlich suggerieren, dass das Werk – der islamistische Holocaust – bereits begonnen, nur eben noch nicht vollendet sei. Zu dieser Zeit begann die Wiederannäherung Matthias Küntzels an die *Bahamas*, wo er 2002 als Autor auftrat. Küntzel trat in der Folgezeit als, wengleich verdruckster, Befürworter des Afghanistan- und des Irakkriegs auf und unterstützte etwa in einem Interview der Zeitschrift *phase 2* die Einstufung des Iran und des Irak durch George W. Bush als »Achse des Bösen«. Daran hinderte ihn weder die moralisierend-religiöse und bestimmt nicht materialistisch-kritische Vorstellung, die Bushs Denk-

figur von »Gut« und »Böse« zugrunde liegt, noch das selbstverständliche Schweigen des US-Präsidenten darüber, wer beiden Regime in den 80er Jahren massenhaft Waffentechnologie geliefert hatte. Dabei hatte sein eigener Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, der unter Ronald Reagan in den 80er Jahren Nahostbeauftragter war, mit der damaligen Aufrüstung des Irak sehr unmittelbar zu tun (vgl. *New York Times* vom 18. 08. 2002). Die 1991 von ihm gegenüber Detlef zum Winkel formulierte Frage: »Wieviele Länder willst Du denn noch bombardieren?« darf man nun an Matthias Küntzel zurück richten. Geändert hat sich seitdem nicht so sehr die globale Realität, sondern eher der eigene Standpunkt politisch gescheiterter und alternder Linker.

Bekanntlich nahm auch die *Bahamas*-Redaktion den 11. September zum Anlass zum spektakulären Hinausposaunen ihrer neuen Position. Tatsächlich ergriff sie die Gelegenheit, um definitiv mit aller Imperialismuskritik zu brechen und um generell die Linke, in der BRD ebenso wie weltweit, der Komplizenschaft mit dem von ihr so getauften »Islamfaschismus« anzuklagen. In ihrer berühmt-berüchtigt gewordenen Erklärung *Hinter dem Ruf nach Frieden verschanzen sich die Mörder*, die drei Tage nach den Attentaten publiziert wurde, sprach sich die Sektenführung für »Militärschläge gegen islamische Zentren« aus. Das hätte – wenn die Formulierung einen Sinn haben soll – ja eigentlich religiöse und nicht politische Strukturen betroffen, beispielsweise als Wunsch einer Bombardierung von Mekka. Tatsächlich begriff die Redaktion in ihrer Kommandoerklärung den radikalen Islamismus nicht einmal als politisches Phänomen, sondern suchte das Problem in den vormodern-traditionellen, religiösen Überlieferungen, die in den ehemals kolonialisierten Gesellschaften (aber nicht nur dort!) überdauert haben. So kommt ihren haarsträubenden »Analysen« zufolge »momentan dem Koran eine ähnliche Rolle zu wie seinerseits Hitlers Machwerk *Mein Kampf* in Deutschland«, als ließe sich ein politisches Phänomen des 20. Jahrhunderts aus Schriften erklären, die vom 7. Jahrhundert christlicher Zeitrechnung stammen. Ferner heißt es: »Die Beseitigung islamischer Herrschaft [als ob die Religion direkt herrschen würde, anstatt beschreibbarer politischer Strukturen] würde die Bevölkerungen dieser Länder dem moslemischen Götzendienst entreißen«. Aus Religionskritik lässt sich die Formulierung dieses Postulats jedenfalls nicht ableiten. Denn man wird keine Erklärung der *Bahamas* finden, in der mit vergleichbarer Schärfe von der christlichen

Religion gesprochen würde – die ja ihrerseits im Laufe ihrer Geschichte ähnliche gesellschaftliche und politische Phänomene wie die islamistischen Bewegungen hervor brachte, von der katholischen Inquisition bis zu protestantischen Erweckungsbewegungen (von denen sich übrigens der aus dem englischen stammende Begriff des »Fundamentalismus« ableitet). Spätestens damit wird Abschied von jedem Ansatz materialistischer Analyse genommen und werden essentialistische Aussagen gesetzt: »Der Islam« oder »das Christentum« sind demnach geschlossene, sich aus selbst heraus erklärende Erscheinungen.

Die Schuld Deutschlands, und all der anderen Mitakteure, liegt nach jüngerer »antideutscher Lesart« vor allem in einer mangelnden Wehrbereitschaft gegen den neuen globalen Hauptfeind. So schreibt der in jüngerer Zeit integrierte *Bahamas*-Redakteur Sören Pünjer, ein früherer Leipziger Antideutscher:

»Von Goebbels« totalem Krieg zu Schröders totalem Protest [gegen den Irakkrieg von 2003] ist es ein kurzer deutscher Weg. ... Wer gegen den Islam kämpft, kann verlieren, wer es nicht tut, hat nichts zu verlieren. So und nicht anders muß man den Umstand werten, daß die Deutschen gut mit dem Islam können. ... Deutschland heute, das ist ein antirassistisches Friedensmonster mit einem seit 1945 ungebrochenen Herrenmenschen-Willen zur moralisch überlegenen antiimperialistischen Volksgemeinschaft.

Sachwalter der Vernunft sind demnach, wie könnte es anders sein, die US-Neokonservativen, beispielsweise ihr prominenter Ideologe und Buchautor Robert Kagan:

Einer, der diesen Hintergrund durchschaut hat, ist Robert Kagan. Seines Zeichens einer der Opinion Leader des vielfach verurteilten amerikanischen sogenannten Neokonservatismus ... Und fürwahr sieht Kagan nur eine Rettung für das transatlantische Bündnis »des Westens«, wenn Europa aufrüstet und ernstlich etwas für seine Sicherheit täte.

Der *Bahamas*-Redakteur endet mit der Aussage:

Ähnlich wie es Hegel mit Napoleon ging, kann ein Kommunistenherz ... derzeit nur höher schlagen lassen, wovon die Neokonservativen in den USA derzeit getrieben sind: Der Versuch der Umwälzung der Verhältnisse in einer ganzen Region, die es bitter nötig hat.

Womit natürlich der Nahe und Mittlere Osten gemeint ist.

An anderer Stelle hat Sören Pünjer folgende Kritik vorzutragen:

Der deutsche Friedensweg konterkariert all das linke Gerede von einer angeblichen Militarisierung deutscher Außenpolitik und gibt es im Abgleich mit der Realität geradezu der Lächerlichkeit preis. ... Gleichzeitig ging das Ende der europäischen Nachkriegsordnung damit einher, daß Deutschland wie auch Europa die Schutzmacht USA nicht mehr maßgeblich in Anspruch nehmen kann. Vieles von dem also, was von links als Militarisierung gescholten wird, hat seinen Hauptgrund darin, daß Europa und Deutschland die Verteidigung durch sukzessiven Rückzug der Vereinigten Staaten selbst organisieren müssen, denn für die Amerikaner gibt es seit dem Ende des Kalten Krieges keine Notwendigkeit mehr, an Stelle der Europäer inklusive der Deutschen denselben militärischen Schutz zu garantieren. Daß die deutsche Politik allerdings keineswegs beabsichtigt, militärische Großmacht zu werden, um das zu erkennen, muß man sich nicht nur den desolaten Zustand der Bundeswehr und die Höhe des Verteidigungsetats vergegenwärtigen [arme Bundeswehr!] sondern auch einen Blick auf die ungebrochene Tradition werfen, in der sich die rot-grüne Politik ihrem Selbstverständnis nach sieht. Dieses Selbstverständnis ist in starkem Maße von der Fortführung jener Brandtschen Ost-Politik geprägt, die ihr sozialdemokratischer Vordenker Egon Bahr in den 60er Jahren unter der Losung Wandel durch »Annäherung« bekannt wurde.

Und die, möchte man dem hinzufügen, gute Dienste bei der ökonomischen Durchdringung des osteuropäischen Vorhofs der Sowjetunion geleistet hat. Das aber ist nicht Sören Pünjers Kritik, der vielmehr vor allem moniert:

Genau dieses sozialdemokratische Credo ist heute gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten dasselbe wie zu Zeiten Honckers und Breschnews. ... Die [deutsche Politik] steht allerdings der zivilisatorischen Form amerikanischer Außenpolitik diametral entgegen, nur, sie ist nicht militaristisch und auch nicht großdeutsch, sondern ... im Gegenteil Zeichen des antiimperialistischen Bündnisses mit der »Dritten« und hier insbesondere der islamischen Welt gegen Amerika.

Um 1975 zeichneten sich die verrücktesten unter den damaligen »marxistisch-leninistischen« Sekten – namentlich die »KPD-Aufbauorganisation« (KPD-AO) – dadurch aus, dass sie plötzlich für die »Stärkung der Bundeswehr«, die gestern noch bekämpft worden war, eintraten und von der bisherigen Losung der »inneren Zersetzung« durch ihre Wehrdienst leistenden Genossen abrückten. Das hatte damit zu tun, dass sie ihre ehemalige linke Kritik an der Herrschaft der Bürokratie in der UdSSR, den Thesen des maoistischen Regimes in Peking folgend, zur These vom »Hauptfeind sozialimperialistische und sozialfaschistische Sowjetunion« fortentwickelt hatten. (Dabei übernahmen sie übrigens auch die maoistische Lesart, wonach die bürokratische Diktatur angeblich erst nach dem Tode Stalins begonnen habe, während jener selbst noch für wahre sozialistische Ziele eingetreten sei.) Außerdem begleiteten sie in der Ausrichtung ihrer Parolen einfach blind die Orientierung der Außenpolitik der Volksrepublik China, die nach den sowjetisch-chinesischen Grenzzwischenfällen vom Amur 1973 zunehmend auf die Annäherung an die westlichen Mächte setzte und die NATO zur Aufrüstung gegen die »sowjetische Bedrohung« aufforderte. Mit anderen Begründungen und in einem anderen globalen Kontext, nimmt heute die rechts-antideutsche Sekte einen ähnlichen Entwicklungsweg, was die Haltung zur Armee des »eigenen« Imperialismus, zu Aufrüstung und zum internationalen Kräfteverhältnis betrifft. Denn es gibt zumindest eine strukturelle Gemeinsamkeit: In Zeiten gesellschaftlicher Isolation stolpern ideologische Sekten, die aus der Linken heraus entstanden sind, blind durch die Weltgeschichte – und landen mitunter ziemlich weit rechts.

Hauptfeind: Die Linke, keinesfalls der Rassismus

Längst hat sich die *Bahamas* laut eigenem Anspruch ins Jenseits von links und rechts katapultiert. So schreibt sie in einem der Aufrufe für die Ham-

burger Demo vom 24. April 2004:

Liebe Freundinnen und Freunde Israels, Sie mögen eine linke oder eine konservative Vergangenheit haben, sie mögen sich heute als Liberaler, als Neokonservativer verstehen, oder gar als Kommunist, das tut für die Entscheidung, auf dieser Demonstration mitzugehen nichts zur Sache. Über die Agenda 2010 mag man sich streiten bis die Fetzen fliegen...

Faktisch allerdings kamen natürlich keine Konservativen im Schlips und Kragen, sondern vorwiegend junge Anhänger der Antideutschen im mehr oder weniger »autonomen« Look. Das antitotalitäre und antiislamische Bündnis mit Konservativ-Liberalen wird bisher durch die Sekte nur imaginiert, während sie real lediglich um ihre ideologische Lufthoheit über einen Randbereich der – ehemaligen – Linken kämpft, der aus jeder historischen Bindung an linke Ideen herausgebrochen werden soll. Es geht de facto um Vorherrschaft über eine kleine, aber reine »Szene«.

Doch klar ist: Die hauptsächliche Gefahr kommt, folgt man den Auslassungen der *Bahamas*, nicht von rechts (wie immer man das definieren oder was man dazu rechnen möge), sondern von links. So fällt Justus Wertmüller zum französischen Rechtsextremen Jean-Marie Le Pen in *Bahamas* Nr. 42 vor allem ein, dass er zwar »ein alter Rassist« sei und ferner »gegen eine irre gewordene Gesellschaft eine Kritik auf widerwärtigem Niveau formuliert« (was bedeutet: das Irresein liegt bei der Gesellschaft, und die Kritik daran bei Le Pen, womit sie berechtigt und nur ihr Niveau unangenehm ist). Aber auch, dass er »vernünftige Einwände gegen die ungebremste Islamisierung der Banlieus«, der Trabantenstädte, die sich in Wirklichkeit *banlieues* schreiben, vorbringe; das hätte ein ordinärer Rassist, auf welchem Niveau auch immer, nicht anders formuliert. Ferner glaubt Wertmüller präzisieren zu müssen, dass:

es weit mehr die unappetitliche Selbstinszenierung des linken und liberalen Mainstreams als eine wirkliche Bedrohung war, deren Anhänger ... Adolf Hitler vor der Haustüre wähten, als Le Pen im April 2002 zweiter bei der Präsidentschaftswahl wurde.

Unangenehm zwar, aber die Linken sind doch schlimmer.

Das versteht besser, wer weiß, wie sich die Bedrohungslage laut dem neuen *Bahamas*-Ideologen Sören Pünjer darstellt:

Rassismus, der wirklich noch Rassismus genannt werden kann, also nicht die Verrücktheiten der Antira-Szene [antirassistischen Szene] die jede staatliche Regulierung von Zuwanderung als Rassismus geißelt, oder jeden, der das Wort Neger in den Mund nimmt, standrechtlich zusammenschlagen will, hat doch nicht wirklich eine Zukunft. Die Zukunft gehört der Ideologie des Antirassismus als menschenverachtendem globalem Massenbewußtsein, also als Fusion aus Multikulturalismus und Ethnopluralismus, zusammengehalten von einem politisch korrekten Antisemitismus.

(Interview mit einer Duisburger Zeitschrift, Ende 2003) Na, welch eine Schande – nicht einmal mehr einen »Neger« darf man einen solchen nennen; das hatte bereits der österreichische Politiker der rechtsextremen FPÖ, Ewald Stadler, im Jahr 2000 öffentlich beklagt.

Nur ein weiterer Mosaikstein ist da das ausdrückliche Lob der Bahamas für die rassistische Hetzschrift der italo-amerikanischen Schriftstellerin Oriana Fallaci, *Die Wut und der Stolz*, in dem zu lesen steht, dass muslimische Menschen »sich vermehren wie die Ratten« und dass Europa dabei sei, von ihnen kolonisiert zu werden. Diesem Buch widmete *Bahamas* im Herbst 2002 immerhin sechs Seiten geschlossener Rechtfertigung, nebst einigen kleinen rhetorischen Mäkeleien an Detailpunkten. Ihr Autor Uli Krug lobte Fallaci über den grünen Klee, da sie dazu aufrufe, »den Gotteskrieger mit antifaschistischer Entschlossenheit militärisch entgegenzutreten«. Es gab genau zwei Medien in Deutschland, die das auf jeder Seite primitiv und hetzerisch verfasste Buch der Oriana Fallaci als positive Referenz behandelten: Die *Bahamas* und die rechtsextreme Wochenzeitung *Junge Freiheit*, die Fallacis Skandalwerk im Spätherbst 2002 in ihren Büchervertrieb aufnahm. Nein, Rassismus und rechte Hetze ist aus Sicht dieser »Antideutschen« wirklich kein Problem.

Die *Bahamas*-Vision vom »Antirassismus« entstammt einer ursprünglich linken Kritik, die auf die Schwachstellen und Widersprüche einer klassischen antirassistischen Argumentation hindeutete, derzufolge sich Gegnerschaft zum Rassismus als »Verteidigung der (kulturellen) Differenz«

darstellt. Eine solche Argumentation kann durch einen rechten, biologischen Diskurs aufgebrochen werden, indem dieser das darin ja enthaltene Bekenntnis zur Existenz einer »Differenz« aufgreift und instrumentalisiert – nach dem Motto: Hauptsache, man wird sich erst einmal darüber einig, dass die nicht so sind wie wir. In Frankreich haben die Vordenker der Nouvelle Droite (Neue Rechte) diese argumentative Umdrehung meisterhaft vorgemacht. Dies führte zu der bedenkenswerten Situation, dass Anfang der 80er Jahre zunächst die – reformistische und damals eher kulturalistisch argumentierende – Vereinigung »SOS Racisme« für *le droit à la différence* (Das Recht auf Differenz, auf Anderssein) eintrat, sich aber dann wenige Jahre später plötzlich der rechtsextreme Front National Parolen zugunsten des *droit à la différence* einsetzt. Für ihn bedeutete das letztlich: Wir Mehrheits-Franzosen sind nicht so wie die (nämlich die Einwanderer), und wir fordern unser Recht, nicht mit denen vermischt zu werden.

Diese Schwachstellen sind real – und das meinte die linke Kritik ursprünglich, als sie darauf hinwies, mit der Berufung auf die »kulturelle Differenz« durch manche Antirassisten lasse sich auch die Vision von einer Welt als »Ethno-Zoo« verteidigen, in der viele »natürliche« und nicht mit einander zu vermischende »Identitäten« nebeneinander her bestehen. Daran knüpft zwar der Diskurs der Bahamas an, der auch oft und gern die Vokabel vom »Ethno-Zoo« benutzt. Nur wird bei ihr keine Kritik an der rassistischen Umdeutung und am Umkippen einer ursprünglich positiven Intention – der Verteidigung eingewanderter Minderheiten gegen den Rassismus der Mehrheitsgesellschaft – mehr formuliert, sondern eine ausschließliche Kritik an »dem Antirassismus« selbst, als solchem (laut Justus Wertmüller »eine menschenverachtende Ideologie«), Dabei wird letzterem nicht einmal zugestanden, auch aus unterschiedlichen Strömungen zu bestehen. Das, was erst aus der rechten Uminterpretierung eines bestimmten antirassistischen Diskurses resultiert, wird als Geburtsfehler »des Antirassismus« schlechthin dargestellt und pauschal der Linken angelastet.

Ähnlich verhält es sich bei der rechts-»antideutschen« Denunziation »des Antiimperialismus«. Auch hier wird ursprünglich an einer (inner)-linken Kritik angesetzt, diese aber zu Zwecken pauschaler Abrechnung mit der Linken aller Schattierungen insgesamt benutzt. Ursprünglich ging es bei dieser Kritik darum, dass die notwendige Gegnerschaft zur Politik der Großmächte und der entwickelten Kernländer des Kapitalismus nicht darüber

hinweg täuschen dürfe, dass es auch in jenen Ländern der »Dritten Welt« unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte gebe, sowohl fortschrittliche als auch reaktionäre. Das Problem für die Linke liegt darin, dass unter Umständen reaktionäre Kräfte in bestimmten Ländern durch Teile der Bevölkerung an die Macht gebracht werden, weil sie als Speerspitze des Abwehrkampfes der Unterdrückten gegen eine sie unterdrückende, westliche Macht wahrgenommen werden können. Das erklärt sich u.a. daraus, dass bestimmte Werte und Prinzipien wie etwa »die Menschenrechte« oder *Egalité, Liberté, Fraternité* und selbst marxistisches Vokabular durch die jeweiligen Kolonialmächte als Bestandteil der Legitimationsideologie ihrer Herrschaft eingesetzt wurden und dort diskreditiert sind. Besonders der politische Islamismus liefert das wohl beste Beispiel dafür, dass eine Kraft in ihrem Wesenskern reaktionär, autoritär und repressiv sein kann – und dennoch durch mal größere, mal kleinere Teil der Bevölkerungen bestimmter Länder als treibende Kraft im Widerstand gegen eine durchaus reale, imperialistische Dominanz wahrgenommen wird.

Wahrscheinlich trägt auch die, seitens der Rechts-Antideutschen längst zum billigen Legitimationsinstrument für die Befürwortung »westlicher« Kriege gemachte, Rede von der »Verteidigung der Zivilisation« noch einen Kern von diesem Gedanken in sich. Nämlich insofern, dass die Furcht formuliert wird, eine Umwälzung, die die imperialistische Vorherrschaft beenden soll, könne auch einige historisch erreichte Standards opfern, beispielsweise rechtsstaatliche Minima, weil diese mit den Errungenschaften »westlicher« Gesellschaften und damit als etwas Abzulegendes identifiziert werden könnten.

Doch die Abrechnung seitens der *Bahamas*-Ideologen gilt längst dem linken Prinzip des Internationalismus und der Gegnerschaft zu imperialistischer Vorherrschaft als solchen. So behauptet Sören Pünjer im oben zitierten Interview:

Die Nazis verstehen sich als Internationalisten, denen ein Hoch auf die internationale Solidarität längst Herzenssache geworden ist und die sich von Linken längst nicht mehr unterscheiden ließen.

Wobei er selbstverständlich nicht zwischen rechtsextremer Demagogie

bzw. Mimikry und Wirklichkeit unterscheidet. Gleichzeitig denunziert er die ihm zufolge verbreitete linke Vorstellung, wonach etwa:

die Israels im Bezug auf die Palästinenser Faschisten, die Amerikaner bezüglich der Black Power-Bewegung bzw. Vietnam und überhaupt der Imperialismus hinsichtlich antikolonialer 3. Welt-Bewegungen eine einzige eurozentristische Vernichtungsorgie sei.

Welch absurder Gedanke letzterer doch ist...

Uli Krug schreibt in der *Bahamas* vom Winter 2003/04 zwar nicht von Kolonialmassakern in Algerien, Madagaskar oder Indochina – spricht wohl aber über »die Leichenberge, die die postkolonialen Regime *fast allerorten* zu verantworten haben« (meine Hervorhebung). So, als ob Thomas Sankara (in Burkina-Faso) mit Saddam Hussein, das nicaraguanische Sandinisten-Regime mit Pol Pot und Algeriens Situation unter Ahmed Ben Bella mit Khomeinis Folterkammern gleichzusetzen wäre. Und er deutet an, woher auch seiner Auffassung nach die Hauptgefahr rührt:

Wie kann man ignorieren, daß die Wiederaufbereitung nazistischer Ideologie in der späten BRD vor allem [vor allem!]

durch die

»Neue Linke« betrieben wurde, und entsprechend sich auch der Focus dieser Ideologie, jetzt »neuer Internationalismus« genannt, ein wenig verschob? Sah sich der Versailles-Deutsche nämlich als Hauptopfer kolonialer Unterdrückung ... so bürdet der Post-68er die identische Vorstellung nun komplett der Dritten Welt auf, während Deutschland ja ... ins Lager der Feinde, in das »des Westens«, gewechselt war – man konnte also mit deutscher Ideologie gegen Nachkriegsdeutschland sein.

Hoppla, da hätten wir ihn wieder: Den Weltgeist, der da wandert und die deutschen Verhältnisse mal eben in Afrika, in Asien und Lateinamerika einpflanzt. Von dorthier rührt die Hauptgefahr.

»Antideutscher« Antitotalitarismus: Die Massen sind schlecht, die Elite ist vernünftig

Ein letzter Wesenszug der nach rechts gedrifteten »antideutschen« Propagandisten ist ihr faktischer Antitotalitarismus. Es soll hier nicht darum gehen, die möglichen sinnvollen Bedeutungen des Begriffs »Totalitarismus« zu diskutieren: Der italienische Faschismus hat sich teilweise selbst mit diesem Begriff bezeichnet, so dass er sicherlich einen Bedeutungsgehalt in Bezug auf ein solches Phänomen haben kann. Auch die Schriften von Hannah Arendt zu diesem Begriff würden eine ausführlichere Diskussion benötigen.

Sicher ist: In Deutschland bedeutet Antitotalitarismus in der staatlichen Praxis und im herrschenden Diskurs vor allem Antimarxismus und Antikommunismus. Er diente nach der NS-Katastrophe und mitten im Kalten Krieg als bequemes Mittel dazu, die von breiten Kreisen gewünschte politische und vor allem wirtschaftliche Stabilität zu garantieren, und den Horror des NS auf den gegnerischen sowjetischen Block zu projizieren. Bundesdeutsche Schulbücher in Politik oder »Gemeinschaftskunde« sind von diesem Antitotalitarismus plattester Variante geprägt. Soziale und politische Massenbewegungen, lernt man da, sind grundsätzlich brandgefährlich – nicht umsonst hätten die »Väter des Grundgesetzes« sich vor ihnen gefürchtet und deswegen keine Elemente direkter Demokratie neben jenen der repräsentativen Demokratie eingeführt. Ergänzt wurde dieses Ideengebäude noch durch eine weitere, politiktheoretische Idee, nämlich jene von der Unterscheidung zwischen »totalitären« und »nur autoritären«, weniger gefährlichen Regime. In dieser Logik war demnach die Unterstützung der BRD-Eliten für den, durch die USA initiierten, Sturz des gewählten sozialistischen Präsidenten Salvador Allende und für die Machtübernahme des Generals Augusto Pinochet völlig richtig. Denn da die KP unter Allende mitregiert hat und folgerichtig »der totalitäre Kommunismus« drohte, sei die »lediglich autoritäre« Pinochet-Diktatur das deutlich geringere Übel gewesen.

Und ähnlich wie die Rede von der zwischen links und rechts zerriebenen Weimarer Republik und den Ausführungen im Verfassungsschutzbericht, tauchen auch in der Bahamas Formulierungen wie die von den »Linksradi-kalen und Rechtsradikalen« oder auch »Links- und Rechtsextremisten« in

einem Atemzug auf.

In radikaler Umkehrung der falschen vulgärmarxistischen NS-Analyse, wonach dieser lediglich die Klassendiktatur der deutschen Großbourgeoisie gewesen sei, erblickt der rechts-antideutsche Diskurs in den gefährlichen Massen »an sich« das Problem. Diese müssen demnach unter Kontrolle gehalten werden, auch dann, wenn ihre Emotionen gar nicht unmittelbar mit Antisemitismus zu tun haben. Die Redaktion der *Bahamas* schreibt in einem Text vom 29. Oktober 2003:

Der Kommunist hätte der Organisierung von Aufstandspotentialen entgegenzuwirken, die genau jene Aggression, die der Furcht vor der Freiheit und der falschen Sehnsucht nach Kollektivität entstammt, zum revolutionären Betriebsmittel haben. Ihre Entladung wäre im besten Fall sogenannter revolutionärer Haß, der sich gegen die Herrschaft richtete. Das wäre dann vielleicht kein Pogrom, die Juden wären vielleicht zunächst aus dem Schneider. Aber die Herrschaft, gegen die sich da Aggression entläßt, würde sich den Revolutionären mit Notwendigkeit in Gestalt von Herrschenden darstellen und damit als Individuen mit Namen und Anschrift und einem Leib, den man quälen und töten kann. Die genannten Aggressionen wären mit denen des Antisemiten identisch, ihre Entladung wäre ein genauso spontaner wie sinnloser Vernichtungsschlag und würden binnen kürzester Zeit auch die eigentlich Gemeinten, die Juden, treffen. Die Alternative: Aufstand gegen die Herrschaft oder Pogrom gibt es jedenfalls in Deutschland und den islamischen Ländern und womöglich sogar den ach so fortschrittlichen lateinamerikanischen Ländern nicht.

Zuflucht nimmt man gut totalitarismustheoretisch in einem Land, dessen Politik man stets der Freiheit dienende Ziele unterstellt: den USA.

Anschlussfähig

Neben der skurrilen, sektenhaften Variante à la *Bahamas* gibt es auch eine realpolitisch auftretende und erfolgreiche Ausgabe ähnlicher ideologischer Machart, vertreten durch das Frankfurter Autorenduo Thomas von der

Osten-Sacken und Thomas Uwer. Diese, im Vergleich zu den spinnerhaft-belehrenden *Bahamas*-Traktaten, eher seriös auftretenden Protagonisten lässt man bei Springers *Die Welt* ebenso schreiben wie in der sozialliberalen Wochenzeitung *Die Zeit* und bei der linken, teilweise »antideutsch« beeinflussten *Jungle World*. Ein Hauptgrund für ihre erfolgreiche Präsenz in überaus staatstragenden Medien, trotz »antideutscher« Rhetorik, ist ihr Eintreten für den Angriff auf den Irak und für die Durchsetzung der Atlantiker-Fraktion im Staatsapparat auf Kosten der auf Europäisierung der Militärpolitik setzenden Fraktionen. Da sich 2002/03 zunächst die Linie der letztgenannten bezüglich des Irakkrieg durchsetzen konnte, vermochten sie sich als radikale Kritiker einer »eigenständigen deutschen Machtpolitik« zu verkaufen, die sich dadurch kennzeichne, dass sie sich zunehmend von den USA absetze.

Dabei ist ihr Ansatzpunkt keineswegs so machtkritisch, wie ihre Rhetorik vorgibt – denn einer ihrer schärfsten Kritikpunkte an der deutschen Außenpolitik im Irakkrieg 2003 ist der, dass diese Politik eine der Erfolglosigkeit sei:

Weit weniger radikal, doch in ihrer Logik derjenigen der [11. September] Attentäter verwandt, erscheint die Politik der Bundesregierung. Beide sind von einer »Selbstlosigkeit«, die den eigenen Schaden als Preis für ein höheres Gut zu zahlen bereit ist. Die in der Losung »Nichts tun, was den Krieg nachträglich legitimieren könnte« zum Ausdruck gebrachte Hartnäckigkeit, mit der die Deutschen an ihrer ursprünglichen Entscheidung auch dann noch festhielten, als der Krieg gegen den Irak längst eine Tatsache war, ist nicht Teil einer Verhandlungsführung, die den Preis in die Höhe zu treiben sucht, sondern Ausdruck des unbedingten Willens, auch gegen die eigenen Interessen konsequent zu bleiben.

so in ihrem zusammen mit Andrea Woeldike verfassten Vorwort zu dem von ihnen herausgegebenen Pro-War-on-Terror-Sammelband *Amerika*. Und wenn in wenigen Jahren etwa der rechte Pro-Atlantiker, oder jedenfalls Befürworter der jüngsten US-Kriege, Roland Koch deutscher Bundeskanzler werden sollte, dann würde sich die derzeitige Pseudo-Deutschlandkritik der beiden Frankfurter NGO-Strategen in heiße Luft auflösen.

Von der Osten-Sacken und Uwer, die beiden Köpfe einer publizistischen Pro-Kriegs-Bewegung vor und während der Irak-Invasion, teilen einige der ideologischen Grundorientierungen der *Bahamas*. Nicht den mitunter brachialen Rassismus, da sie gern als Fürsprecher der zu befreienden irakischen und anderen Bevölkerungen im Mittleren Osten auftreten. Wohl aber den Anti-Antiimperialismus, wobei die Imperialismuskritik (unterschiedlicher Nuancen) systematisch mit Antisemitismus in Verbindung gebracht wird. Auch die Bezugnahme auf eine zur Legitimationsideologie heruntergekommene Rezeption der »Kritischen Theorie« und ein faktischer Antitotalitarismus sind den Protagonisten beider Seiten gemeinsam.

Und so schreiben die Vertreter dieser Frankfurter Linie auch für das Sektenblatt, wo sie im Winter 2003/04 der Leserschaft schon im Inhaltsverzeichnis als »Leutnant Thomas Uwer und Sergeant Thomas von der Osten-Sacken« möchtegern-kokett vorgestellt werden. In ihrem Beitrag über US-Soldaten im besetzten Irak schreiben sie unter anderem:

Ob als Kriegsverherrlicher oder Pazifisten, das Verhältnis zum Krieg war in Deutschland ... von einem Existentialismus geprägt, der nicht das Kriegsziel wichtig nahm, sondern den Krieg als Apokalypse ... Wie anders ist dagegen der Blick aus Amerika, wo Kriege seit der Revolution immer einem klar formulierten Ziel gedient haben, das ideologisch ausgedrückt am besten mit dem Wort »Freiheit« zu umschreiben ist: Ob gegen die britische Krone, den spanischen Kolonialismus, Emperor Wilhelm, die Nazis oder den Kommunismus.

Abgesehen davon, dass der spanische Kolonialismus von 1892 bis 1898 vor allem deswegen bekämpft wurde, um ihn selbst als Kolonialmacht auf Puerto Rico, Kuba und den Philippinen abzulösen, haben die Autoren ihre Lektion über den Totalitarismus gelernt: Ob gegen die Nazis oder gegen den Kommunismus – der Kampf gilt »der Freiheit«...

Nachdem im Mai 2004, durch die zahlreichen veröffentlichten und nicht veröffentlichten Folterbilder, eine Ahnung von der Realität einer Besatzungsherrschaft – die selbstverständlich keineswegs mit dem hehren Ziel einer »Befreiung« der irakischen Bevölkerung installiert wurde, wie Thomas & Thomas permanent suggerieren – aufkam, wurde es vorüberge-

hend stiller um die Ideologen der »zivilisatorischen Mission«. Das hielt allerdings nur wenige Wochen an. Auf einer Kölner Kundgebung für den israelischen Mauerbau im Westjordanland am 5. Juni 2004 verkündete etwa Justus Wertmüller, dessen Gruppierung bis dahin mit keinerlei Kritik an der Realität der von US-Militärs geübten und von hohen politischen Entscheidungsträgern angeordneten Folter hervorgetreten war, nunmehr beruhigend:

Über Folter hat die Regierung, die Militärführung, die öffentliche Meinung in den USA [darunter also jene, die sie befohlen hatten] alles gesagt, was zu sagen war. ... Nichts wird dadurch ungeschehen, aber alles wird anders.

Weiß der Ideologe im felsenfesten Vertrauen auf die »funktionierende Demokratie« in einem Staat, der zur jüngsten Jahrtausendwende einer von sieben Ländern war, in denen minderjährige Straftäter zum Tode verurteilt und hingerichtet werden konnten. Die anderen sechs waren: fünf »islamfaschistische« Länder, um in der Diktion der *Bahamas* zu bleiben, und die Volksrepublik China.

Diese heutigen Antideutschen repräsentieren für die Kritik an Nation und Kapital, ebenso wie am realen »Deutschland«, was Josef Stalin für den Kommunismus oder Dieter Bohlen für die Musik darstellte. In der Geschichte des Kampfs für die Emanzipation werden sie nur eine Fußnote darstellen. Aber jene, die am Gedanken materialistischer Gesellschaftskritik und -Veränderung festhalten, sollten die Tür hinter ihnen zuzumachen, durch die diese Leute ihren verschlungenen Weg nach rechts angetreten haben.

Ursprünglich im 2004 als Kapitel im »Sie warn die
Antideutschesten der deutschen Linke« veröffentlicht

Von Scrappy Capy Distro im 2024 wiederveröffentlicht
scrappy-capy-distro@riseup.net · scrappycapystro.info

